



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2020

Praxis- und Wirkungsevaluation polizeilicher und strafrechtlicher Massnahmen gegen häusliche Gewalt - Ergebnisse der Strafaktenanalyse

Ott, Rahel ; Schwarzenegger, Christian

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-200893>

Book Section

Published Version



The following work is licensed under a Creative Commons: Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0) License.

Originally published at:

Ott, Rahel; Schwarzenegger, Christian (2020). Praxis- und Wirkungsevaluation polizeilicher und strafrechtlicher Massnahmen gegen häusliche Gewalt - Ergebnisse der Strafaktenanalyse. In: Schwarzenegger, Christian; Brunner, Reinhard. Gewalt gegen Frauen : Fachtagung Bedrohungsmanagement. Tagungsband 2019. Zürich: EIZ Publishing, 89-132.



EuropaInstitut

AN DER UNIVERSITÄT ZÜRICH

Assoziiertes Institut der Universität Zürich & Kooperationspartner der ETH Zürich
RECHT BERATUNG WEITERBILDUNG

Herausgeber:
Christian Schwarzenegger, Reinhard Brunner

Gewalt gegen Frauen

Fachtagung Bedrohungsmanagement
Tagungsband 2019



Assoziiertes Institut der Universität Zürich & Kooperationspartner der ETH Zürich
RECHT BERATUNG WEITERBILDUNG

Herausgeber:
Christian Schwarzenegger, Reinhard Brunner

Gewalt gegen Frauen

Fachtagung Bedrohungsmanagement
Tagungsband 2019



Gewalt gegen Frauen von EIZ Publishing wird unter [Creative Commons Namensnennung-Nicht kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/) lizenziert, sofern nichts anderes angegeben ist.

© 2021 – CC BY-NC-ND (Werk), CC-BY-SA (Texte)

Verlag: EIZ Publishing (eizpublishing.ch)

Herausgeber: Christian Schwarzenegger, Reinhard Brunner, Europa Institut an der Universität Zürich

Produktion, Satz & Vertrieb: buch & netz (buchundnetz.com)

Cover: buch & netz

ISBN:

978-3-03805-354-5 (Print – Softcover)

978-3-03805-380-4 (PDF)

978-3-03805-381-1 (ePub)

978-3-03805-382-8 (mobi/Kindle)

DOI: <https://doi.org/10.36862/eiz-354>

Version: 1.02-20210301

Dieses Werk ist als gedrucktes Buch sowie als E-Book in verschiedenen Formaten verfügbar. Weitere Informationen finden Sie unter der URL:

<https://buchundnetz.com/werke/gewalt-gegen-frauen/>

Praxis- und Wirkungsevaluation polizeilicher und strafrechtlicher Massnahmen gegen häusliche Gewalt - Ergebnisse der Strafactenanalyse

Rahel Ott/Christian Schwarzenegger

Inhalt

I.	Ausgangslage	89
1.	Polizeiliche und strafrechtliche Massnahmen gegen häusliche Gewalt im Kanton Zürich	90
2.	Ziele der Studie	91
II.	Studiendesign	92
III.	Ergebnisse	93
1.	Strafactenanalyse von Fällen häuslicher Gewalt mit polizeilichen Schutzmassnahmen	93
a)	Untersuchte Stichprobe und Repräsentativität	93
b)	Charakteristika der beschuldigten und geschädigten Personen	95
c)	Haft und Ersatzmassnahmen	98
d)	Verfahrenserledigung: Einstellung, Strafbefehl, Anklage und Gerichtsurteil	99
e)	Weisungen	103
f)	Strafen und Massnahmen, Genugtuung, Schadenersatz	104
g)	Wiederaufnahme sistierter Verfahren nach Art. 55a StGB (vor Revision)	105
h)	Benötigte Zeit für die Erledigung der Strafuntersuchung	106
2.	Gründe der Geschädigten für ihr Desinteresse an der Fortführung der Strafuntersuchung	107
a)	Strafacten	107
b)	Opferbefragung	111
3.	Sicht der Opfer zum Strafverfahren und zur Strafuntersuchungsbehörde	116
IV.	Diskussion und Ausblick	122
	Literaturverzeichnis	131

I. Ausgangslage

Im vorliegenden Beitrag werden Ergebnisse des Projekts «Polizeiliche und strafrechtliche Massnahmen gegen häusliche Gewalt – Praxis- und Wirkungsevaluation» präsentiert. Diese mehrjährige Forschungszusammenarbeit zwischen der Kantonspolizei Zürich, der Oberstaatsanwaltschaft des Kantons Zürich und des Kriminologischen Instituts der Universität Zürich verfolgt die

übergeordneten Ziele, Opfer häuslicher Gewalt besser zu schützen und Rückfälle der gewaltausübenden Personen zu verhindern. Im Rahmen der Studie werden die Polizei- und Strafakten von Fällen häuslicher Gewalt mit polizeilich angeordneten Gewaltschutzmassnahmen analysiert sowie die betroffenen Opfer befragt. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse fliessen in die aktuelle Präventionsarbeit im Bereich häuslicher Gewalt im Kanton Zürich ein.

Nachfolgend wird der Fokus auf die Untersuchung der *Strafakten* gelegt und die *subjektive Sicht der Opfer* zum *Strafverfahren* und zur *Strafuntersuchungsbehörde* aufgezeigt. Für weitere Resultate der Opferbefragung und der Polizeiaktenanalyse wird im Wesentlichen auf die Publikation der ersten Ergebnisse der Studie verwiesen¹.

1. Polizeiliche und strafrechtliche Massnahmen gegen häusliche Gewalt im Kanton Zürich

Im Kanton Zürich rückte die Polizei im Jahr 2019 täglich durchschnittlich 15 Mal aufgrund einer Meldung im Kontext häuslicher Gewalt oder wegen Familienstreitigkeiten aus. In jedem fünften Fall wurden dabei Schutzmassnahmen gemäss Gewaltschutzgesetz des Kantons Zürich (GSG), sogenannte *GSG-Massnahmen*, angeordnet. Die Möglichkeit, gewaltausübende Personen für 14 Tage aus dem gemeinsamen Haushalt wegzuweisen, ihnen den Kontakt zur gefährdeten Person und das Betreten bestimmter Gebiete zu verbieten, besteht im Kanton Zürich seit dem 1. April 2007 (§ 3 Abs. 2 lit. a–c GSG). Jährlich werden ungefähr 1000 GSG-Massnahmen verfügt, diese Fallzahl zeigt sich seit 2012 auf konstantem Niveau. In über 90% der Fälle wird parallel dazu eine Strafuntersuchung eingeleitet.

Das Strafgesetzbuch sieht seit den am 1. April 2004 in Kraft getretenen Änderungen für die meisten Straftatbestände, die häuslicher Gewalt zugeordnet werden können, einen Verfolgungszwang und besondere Voraussetzungen für die Einstellung des Verfahrens vor. Neben der Rückzugsmöglichkeit bei Antragsdelikten steht es der geschädigten Person frei, die Strafuntersuchung bei Vorliegen bestimmter *Offizialdelikte*² mittels Abgabe einer sogenannten *Desinteresseserklärung* nach Art. 55a des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937 (StGB, SR 311.0) zu unterbrechen.

¹ OTT/SCHWARZENEGGER, 87–114.

² Bei einfacher Körperverletzung Art. 123 Ziff. 2 Abs. 3–5 StGB, wiederholten Tötlichkeiten Art. 126 Abs. 2 lit. b, b^{bis} und c StGB und Drohung Art. 180 Abs. 2 StGB (in der Partnerschaft oder Ehe), sowie bei Nötigung Art. 181 StGB (auch ausserhalb einer Partnerschaft oder Ehe).

Am 1. Juli 2020 tritt das Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen in Kraft und damit die Revision von Art. 55a StGB. Nach alter Gesetzeslage erfolgte die definitive Einstellung der Strafuntersuchung durch die Staatsanwaltschaft oder das Gericht, vorausgesetzt, das Opfer (bzw. sein gesetzlicher Vertreter) verlangte innerhalb von sechs Monaten keine Wiederaufnahme des Verfahrens und der Antrag auf Verfahrenseinstellung entsprach dessen freien Willen. Seit dem 1. Juli 2020 hängt der Fortgang des Verfahrens nicht mehr nur vom Willen des Opfers ab (genauere Ausführungen dazu vgl. Kapitel IV). Vorliegende Studie geht von der alten Rechtslage (bis zum 30. Juni 2020) aus.

2. Ziele der Studie

Fälle häuslicher Gewalt sind häufig und beanspruchen grosse zeitliche und personelle Ressourcen innerhalb der Polizei und der zuständigen Strafuntersuchungsbehörden. Bis anhin ist unklar, welche Wirkung mit den bestehenden Massnahmen, insbesondere mit der Anordnung polizeilicher Schutzmassnahmen gemäss Gewaltschutzgesetz, erzielt werden kann.³ Das Projekt «Polizeiliche und strafrechtliche Massnahmen gegen häusliche Gewalt – Praxis- und Wirkungsevaluation» des Kriminologischen Instituts der Universität Zürich soll diese praxisrelevanten Lücken schliessen. Es soll aufzeigen, ob betroffene Opfer durch die bestehenden Massnahmen geschützt werden können und inwiefern gewaltausübende Personen rückfällig werden.

Gemäss Schätzungen der Oberstaatsanwaltschaft im Jahr 2014 werden im Kanton Zürich mindestens 80% der Strafuntersuchungen in Fällen häuslicher Gewalt mittels Einstellung erledigt. In einer deskriptiven Lageanalyse soll diese Annahme überprüft und aufgezeigt werden, in wie vielen Fällen tatsächlich eine Einstellung erfolgt. Die konkreten Abläufe im Strafbefehlsverfahren oder bei einer Sistierung und Einstellung gemäss Art. 55a StGB bedürfen einer aktuellen, flächendeckenden empirischen Aufarbeitung.⁴ Ebenso interessieren die Beweggründe derjenigen Opfer, die Desinteresse an der Fortführung der laufenden Strafuntersuchung erklären.

Der grosse Arbeitsaufwand, welcher die Durchsetzung des Gewaltschutzgesetzes auf polizeilicher und strafprozessualer Ebene generiert, soll in einem Gleichgewicht zu dessen Nutzen stehen. Die Studie soll deshalb aufzeigen, welche Wirkungen mit den bestehenden Massnahmen erzielt werden und wo Optimierungspotential besteht.

³ Vgl. zum Stand der Forschung SCHWARZENEGGER ET AL., 9 ff.

⁴ Vgl. dazu mit Daten zur Stadt Zürich Colombi, Häusliche Gewalt.

II. Studiendesign

Mittels einer *prospektiv ausgerichteten, deskriptiven Lageanalyse* sollen die Fragen zur *Wirkung* der polizeilichen und strafrechtlichen Massnahmen und zur *bestehenden Erledigungspraxis* in Fällen häuslicher Gewalt mit GSG-Massnahmen beantwortet werden. Die zu diesem Zweck bestimmte, *repräsentative Stichprobe* umfasst alle GSG-Fälle zwischen Juni und November 2014 im Kanton Zürich (N=559 GSG-Verfügungen, betreffend 527 Fälle, Vollerhebung während sechs Monaten). Die erfassten Fälle werden mittels *Polizei- und Strafaktenanalyse* bis zu ihrer Erledigung durch die Polizei oder durch eine Strafuntersuchungsbehörde beobachtet. Auf diese Weise können *objektive* Aussagen zu den Charakteristika von GSG-Fällen gemacht und Erkenntnisse zur Erledigungspraxis in der Strafverfolgung gewonnen werden (insbesondere der Sistierungs- und Einstellungspraxis nach Art. 55a StGB, Strafbefehl und Urteil sowie von Wiedergutmachungsfällen nach Art. 53 StGB). Zusätzlich wird die Rückfälligkeit respektive soziale Bewährung der Tatpersonen anhand erneuter Registrierungen bei der Polizei während des ersten Jahres seit Beginn der GSG-Massnahmen überprüft.

Um die Wirksamkeit der polizeilichen und strafrechtlichen Massnahmen aus dem *subjektiven Blickwinkel* der Gewaltbetroffenen zu überprüfen, werden vier und zwölf Monate nach Beginn der GSG-Massnahme ergänzend *standardisierte, quantitative Opferbefragungen* durchgeführt. Nebst der Erfassung erlebter Gewalttückfälle durch die gleiche Tatperson wird unter anderem die Wahrnehmung der Opfer zur polizeilichen und strafrechtlichen Intervention untersucht. Ebenso interessieren die Gründe derjenigen Geschädigten, die ihren Strafantrag zurückziehen oder Desinteresse an der Fortführung der laufenden Strafuntersuchung erklären. Zudem wird analysiert, ob und wann Opfer und Tatpersonen im Nachgang des Vorfalls in Kontakt zueinander stehen. So kann gezeigt werden, inwiefern die Gewaltschutzmassnahmen (Kontaktverbot, Rayonverbot, Wegweisung) durch beide Parteien beachtet werden.

Die *Projektumsetzung* erfolgt in zwei Schritten: Die Analyse der Polizeiakten und die Opferbefragungen werden im Rahmen des *Projektteils I* im Februar 2017 abgeschlossen. Auf die Fragestellungen, die detaillierte Umsetzung und die Resultate des ersten Projektteils wird an dieser Stelle nicht mehr eingegangen und auf die Veröffentlichung der ersten Resultate der Studie⁵ verwiesen. *Projektteil II* beinhaltet die im Herbst 2017 finalisierte Strafaktenanalyse sowie denjenigen Part der Opferbefragung, welcher die Sicht der Gewaltbetroffenen zur Strafuntersuchung und zur betreffenden Strafuntersuchungsbe-

⁵ OTT/SCHWARZENEGGER, 87–114.

hörde untersucht. Besonders beleuchtet werden dabei die Gründe der Opfer für die Abgabe einer Desinteresseerklärung gemäss Art. 55a StGB. Nach einem Pre-Test wird die Strafaktenanalyse zwischen Februar 2015 und September 2017 in den Räumlichkeiten der Oberstaatsanwaltschaft durchgeführt. Dabei interessiert die Erledigungspraxis in Fällen häuslicher Gewalt mit polizeilich angeordneten GSG-Massnahmen. Berücksichtigt werden Entscheide der Übertretungsstraftbehörden (Statthalter- und Stadtrichterämter), der Staatsanwaltschaften, der Bezirksgerichte (BG) und, in Einzelfällen, des Obergerichts (OG). Wenn eine Aktenbestellung in die Oberstaatsanwaltschaft nicht möglich oder zu aufwändig ist (beispielsweise aufgrund einer zu hohen Anzahl Akten pro Strafuntersuchungsbehörde), wird die Analyse jeweils vor Ort bei der entsprechenden Strafuntersuchungsbehörde vorgenommen.

III. Ergebnisse

Nachfolgend werden die Resultate des Projektteils II zusammengefasst: Die *Strafaktenanalyse* beleuchtet insbesondere die Erledigungspraxis der Staatsanwaltschaft bei Fällen häuslicher Gewalt, in denen polizeiliche Schutzmassnahmen gemäss GSG angeordnet wurden. Im Rahmen der *Opferbefragung* wird die Sicht der Gewaltbetroffenen zur Strafuntersuchung und zur Strafuntersuchungsbehörde erfasst. Ein weiterer Fokus liegt bei der Frage nach den *Beweggründen* derjenigen Opfer, die *Desinteresse* an der Weiterführung der Strafuntersuchung erklären.

1. Strafaktenanalyse von Fällen häuslicher Gewalt mit polizeilichen Schutzmassnahmen

a) *Untersuchte Stichprobe und Repräsentativität*

Zu 91.4% der ursprünglich 559 erfassten polizeilichen GSG-Massnahmen (Brutto-Stichprobe 1), die zwischen Juni und November 2014 im Kanton Zürich verfügt wurden, wird parallel eine *Strafuntersuchung eingeleitet*.⁶ Vierzehn dieser 511 Fälle werden ausserkantonale untersucht, somit eignen sich für die

⁶ In der Publikation der ersten Ergebnisse zum Projektteil I (vgl. OTT/SCHWARZENEGGER, in: Schwarzenegger/Brunner, Erste Ergebnisse) werden 93% statt 91.4% GSG-Verfügungen mit Strafuntersuchung erwähnt (von 559 Verfügungen). Diese Zahl basiert auf der Auszählung der in der GSG-Verfügung genannten eröffneten Strafuntersuchungen. Die zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführte Strafaktenanalyse zeigt jedoch, dass einige dieser Fälle keine Strafuntersuchung zur Folge haben. Vorliegend ist deshalb der korrigierte Wert zu finden.

Analyse noch die Strafsakten zu 497 GSG-Verfügungen (Brutto-Stichprobe 2).⁷ Davon werden 427 Strafuntersuchungen durch die *Staatsanwaltschaft* bearbeitet (85.9% von 497), 46 durch eine *Übertretungsstrafbehörde* (9.3%) und 10 durch eine *Jugendanwaltschaft* (2%). Bei vierzehn GSG-Fällen mit Strafuntersuchung gelingt keine Zuordnung zu einer Strafuntersuchungsbehörde (2.8%).⁸

Schliesslich können 482 Strafsakten vollständig oder teilweise *analysiert* werden (97% von 497, Netto-Stichprobe).⁹ Der Stichprobenausfall im Rahmen der Strafsaktenanalyse liegt somit lediglich bei 3%, wonach hier von einer *repräsentativen Stichprobe* ausgegangen werden darf.

⁷ Teilweise beinhalten Fälle häuslicher Gewalt mehrere GSG-Verfügungen und betreffen mehrere gefährdete oder gefährdende Personen. Im Stichprobenzeitraum werden gegen 35 gefährdende Personen mehrere GSG-Verfügungen angeordnet. Entweder wird aufgrund eines Rückfalldelikts eine erneute Massnahme verfügt oder es erfolgen mehrere Verfügungen im Rahmen eines einzelnen Vorfalls, wenn gleichzeitig mehr als eine Person geschützt werden muss.

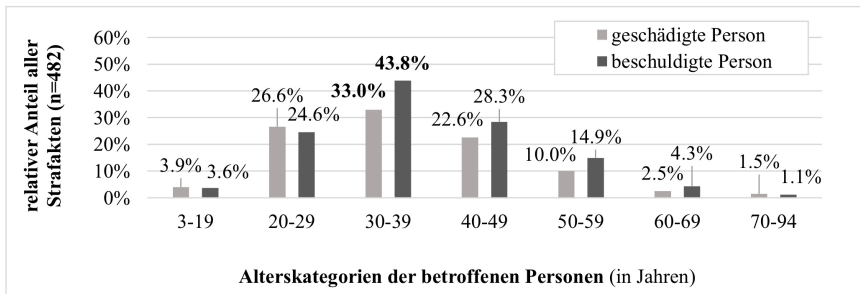
⁸ Wenn die Polizei in einem Fall häuslicher Gewalt mit Schutzmassnahmen an eine Strafuntersuchungsbehörde rapportiert, wird in der GSG-Verfügung jeweils die zuständige Behörde bezeichnet. 14 GSG-Fälle mit Strafuntersuchung können im entsprechenden System der genannten Behörde nicht gefunden werden – aus zeitlichen Gründen werden hier keine weiteren Abklärungen vorgenommen und ein minimaler Stichprobenausfall wird in Kauf genommen.

⁹ Bei Vorliegen der physischen Strafsakten ist eine vollständige Analyse möglich, wenn diese jedoch zum Zeitpunkt der Datenerhebung nicht verfügbar ist, erfolgt eine eingeschränkte Analyse mittels elektronisch erfasster Daten aus dem Rechtsinformationssystem RIS 2. Es können alle Strafsakten innerhalb der Staatsanwaltschaft (427 von 427) und innerhalb der Jugendanwaltschaft (10 von 10) analysiert werden, bei den Übertretungsstrafbehörden 45 von 46 Fällen.

b) Charakteristika der beschuldigten und geschädigten Personen

Nachfolgend werden die Charakteristika der 482 analysierten Strafuntersuchungen respektive die Eigenschaften der beschuldigten und geschädigten Personen dargestellt¹⁰.

90.7% der geschädigten Personen sind *weiblich*, 92.3% der beschuldigten Personen sind *männlich*. Wie in Abbildung 1 ersichtlich, sind Opfer zwischen 30 und 39 Jahren (33% aller Opfer) sowie beschuldigte Personen derselben Altersgruppe (43.8% aller Tatpersonen) am häufigsten vertreten.



Hinweise: Auswertung basierend auf der Anzahl analysierter Strafuntersuchungen (n=482); beschuldigte und geschädigte Personen mit mehr als einer GSG-Verfügung während dem Stichprobenzeitraum (Juni-November 2014) sind mehrfach vertreten.

Abbildung 1: Beschuldigte und geschädigte Personen nach Altersgruppen

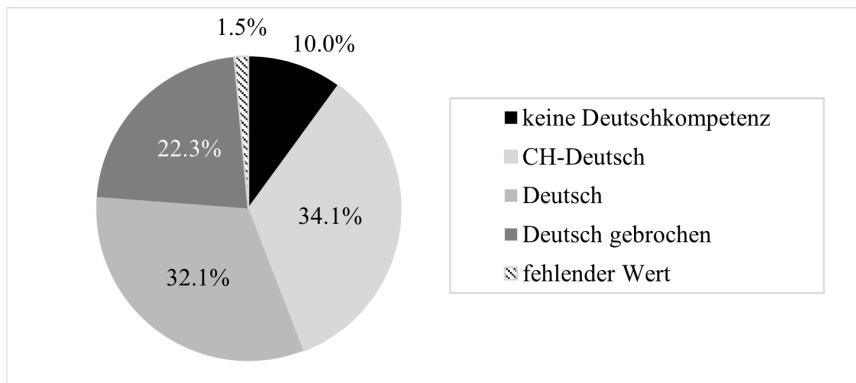
Am häufigsten stehen die beschuldigte und die geschädigte Person in einer aktuellen oder ehemaligen *partnerschaftlichen Beziehung* (84.6%) zueinander, in 54% der Strafuntersuchungen sind oder waren die Beteiligten miteinander

¹⁰ Die nachfolgenden Auswertungen basieren auf den 482 analysierten Strafuntersuchungen (Netto-Stichprobe=100%). Berücksichtigt wird dabei nicht die Anzahl Fälle häuslicher Gewalt oder die Anzahl verschiedener Personen, sondern die einzelnen GSG-Verfügungen. Dies begründet sich dadurch, dass in den meisten Fällen eine separate Strafuntersuchung pro GSG-Verfügung eröffnet wird (dies gilt für 412 von 482 GSG-Verfügungen). Jede Verfügung betrifft eine individuelle Opfer-Täter-Beziehung. 26 Straftaten umfassen jeweils zwei GSG-Verfügungen, sechs Straftaten drei GSG-Verfügungen und bei einem zum Zeitpunkt der Aktenanalyse noch nicht abgeschlossenen Fall ist davon auszugehen, dass alle sechs GSG-Verfügungen eines Falls zusammen untersucht worden sind. Personen mit mehr als einer GSG-Verfügungen während des Stichprobenzeitraums sind somit mehrfach vertreten (Beschuldigte: 406 Personen mit einer Verfügung, 29 Personen mit zwei Verfügungen, sechs mit drei Verfügungen; Geschädigte: 438 Personen mit einer Verfügung, 22 Personen mit zwei Verfügungen).

verheiratet oder in einer eingetragenen Partnerschaft. Knapp jede zehnte Strafuntersuchung betrifft eine *Eltern-Kind-Beziehung* (9.3%), dabei wird in 5.2% der Fälle das Kind beschuldigt, in 4.1% der Elternteil. In 2.5% aller analysierten Strafuntersuchungen sind die beteiligten Personen Geschwister, in 2.7% sind sie anderweitig miteinander verwandt.

35.7% der beschuldigten Personen besitzen einen *Schweizerpass*, auf der Seite der Geschädigten sind es 51.2%.

Insgesamt verfügen 89% der beschuldigten Personen über *Deutschkenntnisse*. 37% sprechen Schweizerdeutsch, 30% Deutsch und 22% vermögen sich in gebrochenem Deutsch zu verständigen¹¹. Werden ausschliesslich diejenigen Beschuldigten betrachtet, die zur geschädigten Person in einer ehemaligen oder aktuellen Partnerschaft stehen oder mit dieser verheiratet sind oder waren, zeigt sich ein fast deckungsgleiches Bild: Auch hier verfügen neun von zehn beschuldigten Personen über Deutschkenntnisse (vgl. Abbildung 2).



Hinweise: Auswertung basierend auf der Anzahl analysierter Strafuntersuchungen (n=482); beschuldigte und geschädigte Personen mit mehr als einer GSG-Verfügung während dem Stichprobenzeitraum (Juni-November 2014) sind mehrfach vertreten. Die Angaben basieren auf den in den Polizeiakten erfassten Sprachen.

Abbildung 2: Deutschkompetenz der beschuldigten Personen in einer (Ex-)Partnerschaft zur geschädigten Person (n=408)

Wird die in den Polizeiakten notierte Verständigungssprache genauer analysiert, zeichnet sich folgendes Bild: Die *beschuldigten Personen* sprechen am häufigsten Schweizerdeutsch (34.9%), Deutsch (17.2%) und Hochdeutsch (7.9%)

¹¹ Mit *Deutsch* könnte entweder *Schweizerdeutsch* oder *Hochdeutsch* gemeint sein – da im Polizeiinformationssystem alle drei Möglichkeiten ausgewählt werden können, werden hier alle separat aufgeführt.

mit der Polizei, gefolgt von Portugiesisch (6.2%), gebrochenem Deutsch (6%), Albanisch (3.7%), Türkisch (2.5%), Spanisch (2.3%) und Serbisch (2.1%). Alle anderen abgebildeten Sprachen werden von weniger als 2% der Beschuldigten gesprochen. Die *geschädigten Personen* verständigen sich hauptsächlich in Schweizerdeutsch (35.1%), Deutsch (17.4%), Hochdeutsch (7.7%), gebrochenem Deutsch (5.2%), Portugiesisch (4.8%), Albanisch (2.9%), Tamil und Spanisch (je 1.9%). Alle übrigen abgebildeten Sprachen werden von weniger als 1.9% zur Verständigung bei der Polizei eingesetzt. Insgesamt verfügen 11.4% aller geschädigten Personen über *keine Deutschkompetenzen*.

Gegen 81.3% aller beschuldigten Personen wird aktuell *das erste Mal eine polizeiliche Schutzmassnahme gemäss GSG angeordnet*. 12.2% der Beschuldigten waren vor Juni 2014 bereits einmal, 5% von ihnen zweimal, 1% dreimal und 0.4% bereits viermal durch eine *frühere GSG-Massnahme* betroffen.

28.6% der beschuldigten Personen werden während des ersten Jahres seit Beginn der GSG-Massnahme *erneut* mit einem Delikt im Kontext häuslicher Gewalt oder aufgrund familiärer Differenzen *bei der Polizei verzeichnet*. Insgesamt werden 46.7% der Beschuldigten mindestens einmal erneut polizeilich registriert (alle möglichen Straftatbestände / familiäre Differenzen).¹²

84.4% der geschädigten Personen können durch eine *Opferberatungsstelle* erreicht werden. Von ihnen lassen sich 94% (79.3% aller Geschädigten) in der Folge telefonisch oder persönlich beraten¹³. Lediglich 6.1% der erreichten Personen lehnen eine Beratung ab. Bei den Beschuldigten liegt die Erreichbarkeit durch eine *Beratungsstelle für gefährdende Personen* insgesamt bei 56%. Weibliche Beschuldigte werden durch die Bewährungs- und Vollzugsdienste (BVD) weniger häufig erreicht (48.6%) als männliche durch das mannebüro züri (56.6%). 83.3% aller kontaktierten Frauen lassen sich beraten (40.5% aller weiblichen Beschuldigten). Lediglich 45.6% aller erreichten Männer sind dazu bereit (25.8% aller männlichen Beschuldigten). Insgesamt lässt sich knapp jede zweite erreichte, beschuldigte Person beraten (27% aller Beschuldigten).

¹² Die erneute polizeiliche Registrierung der Tatpersonen werden inhaltlich drei Kategorien zugeordnet: 1) Häusliche Gewalt (mit und ohne erneute Anordnung einer GSG-Massnahme) und familiäre Differenzen (d.h. Problemsituationen innerhalb der Familie oder (Ex-)Partnerschaft ohne feststellbaren Straftatbestand), 2) ausserhäusliche Gewalt, 3) alle übrigen Delikte.

¹³ Als Beratung werden Gespräche gezählt, die bei der betroffenen Person zu einem Wissensgewinn führen, zum Beispiel im Bereich ihrer rechtlichen Möglichkeiten, Verhaltensstrategien etc. Durch diese grobe Erfassung fällt die Dauer der Beratungen sehr unterschiedlich aus.

c) Haft und Ersatzmassnahmen

In 79.5% der 482 untersuchten Straftaten kann eine *Inhaftierung* der beschuldigten Person festgestellt werden. 64.2% der in Haft genommenen Personen (n=383) verbringen wenige Stunden bis zwei Tage¹⁴ in Haft, 6.5% von ihnen drei bis vierzehn Tage, weitere 8.9% fünfzehn Tage bis weniger als zwei Monate. Insgesamt bleiben 6.2% aller Inhaftierten länger als zwei Monate eingesperrt, länger als sechs Monate jedoch lediglich 2.6%. Bei 54 Straftaten (14.1%) können keine näheren Angaben zur Haftdauer eruiert werden.

In den Weisungen der Oberstaatsanwaltschaft für das Vorverfahren (WOSTA) wird festgehalten, dass grundsätzlich bei jeder Haftentlassung durch die Staatsanwaltschaft zu prüfen sei, ob beim Zwangsmassnahmengericht *Ersatzmassnahmen* zu beantragen sind. Dabei seien insbesondere folgende Möglichkeiten in Betracht zu ziehen:

„Kontakt-, Rayon- und Annäherungsverbote, eine Beratung beim manneburo züri, ärztliche Kontrollbehandlungen sowie die Abgabe von Schlüsseln oder Hinterlegung von Ausreisepapieren für Kinder, sofern damit der Kollusions-, Wiederholungs- und Ausführungsgefahr entgegengewirkt werden kann.“¹⁵

Im Rahmen von 74 der 397 händisch analysierten¹⁶ staatsanwaltschaftlichen Straftaten werden Ersatzmassnahmen nach Art. 237 Abs. 2 der Schweizerischen Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (StPO, SR 312.0) verfügt, also in knapp jedem fünften Fall (18.6%). In 73 der 74 Strafuntersuchungen mit Ersatzmassnahmen, und somit am häufigsten, wird ein Kontaktverbot angeordnet (18.4% aller Strafuntersuchungen der Staatsanwaltschaft). In 13.9% wird ein Kontakt- mit einem Rayonverbot kombiniert, in 3% wird ausschliesslich ein Rayonverbot erlassen. Im Rahmen von fünf Ersatzmassnahmen muss sich die beschuldigte Person einer ärztlichen Behandlung oder Kontrolle unterziehen (1.3%). In einem Fall wird eine Ausweis- und Schriftensperre verfügt (0.3%). Eine Sicherheitsleistung oder die Auflage, einer geregelten Arbeit nachzugehen, wird hingegen nie angeordnet. Auch zu einer *Beratung beim manneburo züri* oder zum *Besuch eines Lernprogramms*, wie zum Beispiel dem Training Partnerschaft ohne Gewalt (PoG) der Bewährungs- und Vollzugsdienste (BVD),

¹⁴ In den Straftaten ist lediglich das Haftantritts- und Entlassungsdatum ohne Uhrzeiten ersichtlich, deshalb können keine genaueren Angaben zur Haftdauer gemacht werden.

¹⁵ Weisungen der Oberstaatsanwaltschaft für das Vorverfahren (WOSTA), Stand 1. Juni 2017 (zit. WOSTA 2017).

¹⁶ In 30 von 427 (7%) staatsanwaltschaftlichen Strafuntersuchungen liegen zum Analysezeitpunkt keine physischen Akten mit Angaben zu allfälligen Ersatzmassnahmen vor, als Datenquelle dienen lediglich die im RIS 2 elektronisch abgelegten Dokumente.

wird in vorliegender Stichprobe *in keinem Fall verpflichtet*. Diese Praxis steht entgegen den Weisungen der Oberstaatsanwaltschaft. Bei einer Person wird nebst dem Kontakt- und Rayonverbot eine ambulante Behandlung nach Art. 63 StGB sowie eine Suchtbehandlung nach Art. 60 StGB angeordnet, eine weitere Person muss sich einer ambulanten Behandlung nach Art. 63 StGB unterziehen.

32.4% der Ersatzmassnahmen dauern weniger als drei Monate, 50% zwischen drei Monaten und einem Jahr, weitere 10.8% sogar zwischen einem und zwei Jahren. In fünf Fällen (6.8%) ist die Dauer in den Straftaten nicht ersichtlich.

Im Rahmen der acht analysierten Strafuntersuchungen bei einer Jugendanwaltschaft wird in zwei Fällen eine Unterbringung nach Art. 15 des Bundesgesetzes über das Jugendstrafrecht vom 20. Juni 2003 (JStG, SR 311.1) verfügt.

d) Verfahrenserledigung: Einstellung, Strafbefehl, Anklage und Gerichtsurteil

Wie werden Fälle häuslicher Gewalt mit polizeilich angeordneten GSG-Massnahmen durch die Staatsanwaltschaft, die Übertretungsstrafbehörde und die Jugendanwaltschaft im Kanton Zürich abgeschlossen? Mit dem Fokus auf der Erledigungspraxis durch Verfahrenseinstellungen (Art. 55a StGB, Art. 319 StPO), Strafbefehl und Anklage wird diese Frage nachfolgend beantwortet.

Mit 427 von 482 analysierten Strafuntersuchungen bewältigt die Staatsanwaltschaft (STA) die Mehrheit aller Fälle häuslicher Gewalt. Tabelle 1 zeigt, dass insgesamt 64.6% dieser Fälle *ohne Schuldspruch* erledigt werden (Einstellung, Sistierung oder Nichtanhandnahme), in 22.3% wird ein *Strafbefehl erlassen* und in 13.1% erhebt die Staatsanwaltschaft *Anklage beim Bezirksgericht*. Die Einstellungsrate liegt demnach mit 64.6% weniger hoch als zuvor geschätzt (>80%).

Beim Entscheid der Staatsanwaltschaft spielt das Verhalten der geschädigten Personen offenbar eine tragende Rolle. Die Hälfte aller Untersuchungen (50.4% von 427) werden eingestellt, nachdem das Opfer entweder Desinteresse gemäss Art. 55a StGB erklärt (33.7% von 427), den Strafantrag zurückgezogen (15.7%) und/oder Gebrauch des Aussage- resp. Zeugnisverweigerungsrecht gemacht hat (8.4%). Da in Fällen häuslicher Gewalt Antrags- und Officialdelikte gleichzeitig auftreten können, sind Kombinationen dieser rechtlichen Grundlagen für die Verfahrenseinstellung möglich. Teilweise werden nebst dem Wunsch des Opfers, das Verfahren zu stoppen, *zusätzlich andere Einstellungsgründe* (Art. 319 Abs. 1 lit. a–d StPO) geltend gemacht. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn kein anklagegenügender Tatverdacht vorliegt oder wenn der Sachverhalt nicht rechtsgenügend erstellt werden kann. Ins-

gesamt werden 77.9% aller Erledigungen ohne Verfahrenseinstellung durch das Verhalten respektive die Entscheidungen der geschädigten Person initiiert oder mitinitiiert.

Art der Verfahrenserledigung durch die Staatsanwaltschaft	absolute Anzahl	% aller STA-Fälle (n=427)	% aller Strafuntersuchungen (n=482)
Anklage beim Bezirksgericht	56	13.1%	11.6%
Erledigung mit Schuldspruch (Strafbefehl)	95	22.3%	19.7%
Erledigung ohne Schuldspruch...	276	64.6%	57.3%
...davon 77.9% Einstellung durch Opfer (mit-)initiiert mittels Desinteresseerklärung, Rückzug des Strafantrags und/ oder Gebrauch Aussage- resp. Zeugnisverweigerungsrecht*	215	50.4%	44.6%
<i>Desinteresseerklärung Art. 55a StGB</i>	<i>144</i>	<i>33.7%</i>	0.0%
<i>Rückzug Strafantrag</i>	<i>67</i>	<i>15.7%</i>	29.9%
<i>Aussage- resp. Zeugnisverweigerung</i>	<i>36</i>	<i>8.4%</i>	13.9%
...davon 14.9% Einstellung ausschliesslich aus anderen Gründen , nicht durch Opfer initiiert*	41	9.6%	7.5%
<i>fehlender Strafantrag</i>	<i>8</i>	<i>1.9%</i>	8.5%
<i>Sachverhalt nicht rechtsgenügend erstellt</i>	<i>32</i>	<i>7.5%</i>	1.7%
<i>Tod der beschuldigten Person</i>	<i>1</i>	<i>0.2%</i>	6.6%
<i>Art. 53 StGB Wiedergutmachung</i>	<i>1</i>	<i>0.2%</i>	0.2%
<i>Verjährung</i>	<i>1</i>	<i>0.2%</i>	0.2%
...davon 7.2% keine Aktennotiz zu Einstellungsgrund	20	4.7%	0.2%
TOTAL	427	100.0%	4.1%

* Bei gleichzeitigem Vorliegen von Official- und Antragsdelikten sind Kombinationen der gesetzlichen Grundlage für die Verfahrenseinstellung möglich. Hinweise: Zu den Erledigungen „ohne Schuldspruch“ werden alle Fälle gezählt, die entweder vollständig eingestellt (nach Art. 55a StGB, Art. 319 StPO) oder nicht anhand genommen (Art. 310 StPO) werden oder wenn die Strafuntersuchung zum Zeitpunkt der Analyse sistiert ist. Unter Erledigungen „mit Schuldspruch“ werden alle Fälle mit Strafbefehl gezählt.

Tabelle 1: Verfahrenserledigung durch die Staatsanwaltschaft (n=427)

Bei weiteren 14.9% aller Erledigungen ohne Schuldspruch (resp. bei 9.6% aller Strafuntersuchungen) erfolgt die *Einstellung ausschliesslich aus anderen Gründen* (Art. 319 Abs. 1 lit. a–d StPO), also ohne dass die geschädigte Person einer Einstellung aktiv entgegenwirkt. Dabei kommt es am häufigsten zu Einstellungen, da der Sachverhalt nicht rechtsgenügend erstellt werden kann (7.5% aller Strafuntersuchungen der Staatsanwaltschaft). Wenn die beschuldigte Person den Schaden gedeckt oder alle zumutbaren Anstrengungen unternommen hat,

um das von ihr bewirkte Unrecht auszugleichen, steht es der zuständigen Behörde zu, von einer Bestrafung, einer Strafverfolgung oder einer Überweisung an das Gericht abzusehen (Wiedergutmachung gemäss Art. 53 StGB). Hierfür müssen jedoch die Voraussetzungen für eine bedingte Strafe (Art. 42 StGB) erfüllt, sowie das Interesse der Öffentlichkeit und der geschädigten Person an der Strafverfolgung gering sein (Art. 53 StGB lit. a und b). Mit einer *Wiedergutmachung nach Art. 53 StGB* wird im Rahmen der analysierten Stichprobe lediglich eine *Strafuntersuchung* durch die Staatsanwaltschaft erledigt.

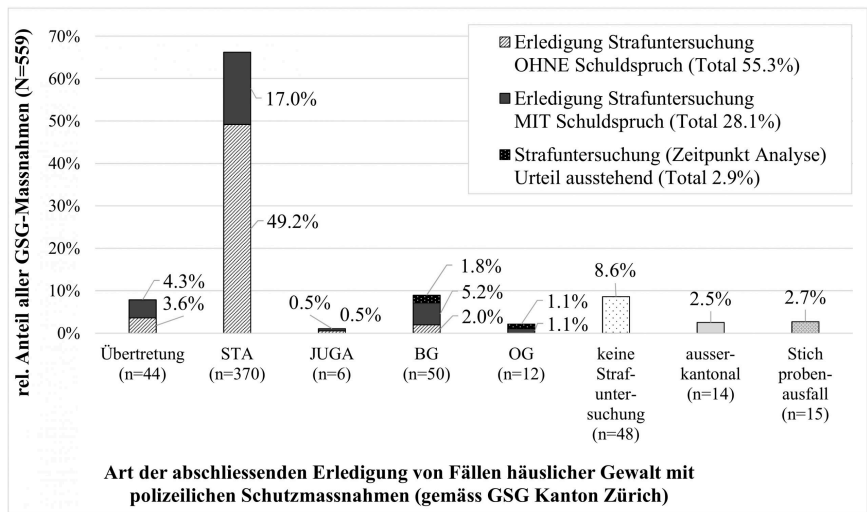
In den verbleibenden 7.2% der Verfahrenserledigungen ohne Schuldspruch kann *keine Aktennotiz* zu den Einstellungsgründen gefunden werden (betrifft 4.7% aller Strafuntersuchen bei der Staatsanwaltschaft).

Die Analyse der 45 Strafuntersuchungen innerhalb der *Übertretungstrafbehörden* zeigt, dass 42.2% der Fälle entweder eingestellt oder nicht anhand genommen werden. In 57.8% der Strafuntersuchungen, und somit deutlich häufiger als innerhalb der Staatsanwaltschaft (22.3%), erfolgt ein Strafbefehl.

Von den zehn Fällen, deren Strafuntersuchung durch die *Jugendanwaltschaft* erfolgt, werden drei eingestellt (30%), in drei weiteren ergeht ein Strafbefehl gegen die beschuldigte Person (30%) und in vier Fällen wird Anklage beim Gericht erhoben (40%). Aufgrund der kleinen Fallzahl ist bei der Interpretation dieser Ergebnisse Vorsicht geboten, sie können nicht als repräsentativ für die Verfahrenserledigung der Jugendanwaltschaften in Fällen häuslicher Gewalt betrachtet werden.

Abschliessend wird an dieser Stelle ein *Gesamtüberblick* dazu gegeben, welche *Erledigungswege* die beobachtete Stichprobe von GSG-Fällen, mit und ohne parallel geführter Strafuntersuchung, nehmen. Abbildung 3 stellt die Verteilung der Fälle auf die *abschliessend entscheidende Behörde* sowie deren Entscheidung (mit resp. ohne Schuldspruch oder Entscheid pendent) dar. Wie bereits in Kapitel 1a) erwähnt, wird im Rahmen von 8.6% der GSG-Verfügungen *keine Strafuntersuchung* eingeleitet, entweder, weil die geschädigte Person keinen Strafantrag gestellt hat oder kein Straftatbestand vorliegt. In diesen Fällen interveniert demnach lediglich die *Polizei* als einzige Strafverfolgungsbehörde. Vierzehn Fälle werden durch eine *ausserkantonale Strafuntersuchungsbehörde* bearbeitet. Der Abschluss von fünfzehn GSG-Fällen kann nicht analysiert werden, dies bedeutet ein *Stichprobenausfall* von 2.7%. Insgesamt enden 55.3% aller GSG-Fälle (N=559 GSG-Verfügungen) respektive 64.1% aller 482 analysierten Strafuntersuchungen *ohne Schuldspruch*. In 28.1% der GSG-Fälle resp. 32.6% aller 482 Strafuntersuchungen wird gegen die beschuldigte Person ein

Strafbefehl erlassen oder sie wird gerichtlich verurteilt. In 6% aller Strafuntersuchungen liegt nebst dem Schuldspruch eine Einstellungs- oder Nichtanhandnahme-Verfügung oder ein Freispruch für einen Teil der Delikte vor.



Hinweise: Zu den Erledigungen „ohne Schuldspruch“ werden alle Fälle gezählt, die entweder vollständig eingestellt (nach Art. 55a StGB, Art. 319 StPO) oder nicht anhand genommen (Art. 310 StPO) werden, bei denen die beschuldigte Person in allen Anklagepunkten freigesprochen wird oder wenn die Strafuntersuchung zum Zeitpunkt der Analyse sistiert ist. Unter Erledigungen „mit Schuldspruch“ werden alle Fälle mit Strafbefehl oder Gerichtsurteil (Schuldigsprechung in allen Anklagepunkten / teilweise Schuldigsprechung) gezählt.

Abbildung 3: Art der abschliessenden Erledigung von Fällen häuslicher Gewalt mit GSG-Massnahmen, mit oder ohne Strafuntersuchung (N=559)

Die *Übertretungsstrafbehörden* entscheiden abschliessend in 7.9% aller GSG-Fälle (resp. 9.1% aller 482 Strafuntersuchungen).¹⁷ Die Staatsanwaltschaft fällt in 370 von ursprünglich 427 bearbeiteten Strafuntersuchungen den *abschliessenden Entscheid* (76.8% aller 482 Strafuntersuchungen). Insgesamt werden beim Bezirksgericht 62 Fälle¹⁸ bearbeitet, von diesen werden zwölf durch das *Obergericht* (OG) weiteruntersucht (2.5% von 482), das *Bezirksgericht* ist somit in 10.4% aller Strafuntersuchungen die abschliessend entscheidende Behörde.

¹⁷ Insgesamt werden 45 Fälle von einer Übertretungsstrafbehörde untersucht. Gegen zwei Strafbefehle der Übertretungsstrafbehörde wird jedoch Einsprache erhoben, diese gelangen deshalb ans Bezirksgericht (BG). Ein weiterer Fall wird wiederum von der Staatsanwaltschaft an eine Übertretungsstrafbehörde abgetreten, womit diese 44 von 559 GSG-Fällen abschliessen.

¹⁸ 56 STA-Fälle, 4 JUGA-Fälle, 2 Einsprachen gegen Strafbefehle einer Übertretungsstrafbehörde

In 3.3% aller Strafuntersuchungen liegt dem Forschungsteam kein Gerichtsentscheid vor, die Erledigung dieser Fälle bleibt somit unklar. Da bei der Betrachtung der Fallzahlen der bekannten Gerichtsurteile deutlich wird, dass Schuldsprüche gegenüber Freisprüchen klar überwiegen, ist zu vermuten, dass die Gesamtzahl der Schuldsprüche insgesamt noch etwas höher liegen dürfte.

e) *Weisungen*

Die Verfahrensleitung der Staatsanwaltschaft hat gemäss den Weisungen der Oberstaatsanwaltschaft für das Vorverfahren (WOSTA, Stand 1. Juni 2017)¹⁹ vor Erlass eines Strafbefehls bzw. vor Anklageerhebung die Anordnung geeigneter Weisungen zu prüfen, namentlich, ob sich eine beschuldigte Person für die Absolvierung des Lernprogramms „Partnerschaft ohne Gewalt“ (PoG) eignen könnte.

„Ist dies der Fall, veranlasst sie vor Anordnung des Lernprogramms bei den Bewährungs- und Vollzugsdiensten (Lernprogramme) eine Eignungsabklärung. Ist ein deliktspezifisches Lernprogramm vorhanden, ist – sofern die Eignungsabklärung positiv ausfällt – bei erstmals einschlägig rückfällig gewordener Täterschaft, die noch kein Lernprogramm absolviert hat, immer eines anzuordnen. Dies hat zur Konsequenz, dass die neu auszufällende Strafe zwingend nochmals bedingt oder zumindest teilbedingt auszufallen und eine Probezeit von mindestens drei Jahren auszusprechen ist. Eine Person ist auch dann zur Eignungsabklärung aufzubieten, wenn sie am Lernprogramm nicht teilnehmen will.“

Wird die Absolvierung des Lernprogramms durch die Bewährungs- und Vollzugsdienste empfohlen, ist dieses im Rahmen des Erlasses eines Strafbefehls mittels einer Weisung gemäss Art. 93-95 StGB anzuordnen bzw. mit der Anklageerhebung dem Gericht zu beantragen.²⁰

In der untersuchten Stichprobe werden lediglich 13 Weisungen im Rahmen eines Strafbefehls durch die Staatsanwaltschaft erteilt (13.7% aller Strafbefehle resp. 2.8% aller STA-Fälle). Das Bezirksgericht ordnet in fünf Fällen eine Weisung an, wobei in drei dieser Fälle Berufung beim Obergericht eingelegt wird. Die Weisungen gemäss Art. 93 und Art. 94 StGB werden wie folgt erlassen (teilweise mehrere gleichzeitig): In zwei Fällen wird der Besuch eines Lernprogramms angeordnet, in zwei weiteren eine Gewalttherapie, in fünf Fällen

¹⁹ Diese Weisungen werden mit der Revision des Art. 55a StGB per 1. Juli 2020 angepasst und die Möglichkeiten für die Anordnung von Lernprogrammen ausgeweitet.

²⁰ Vgl. WOSTA 2017, 271 f.

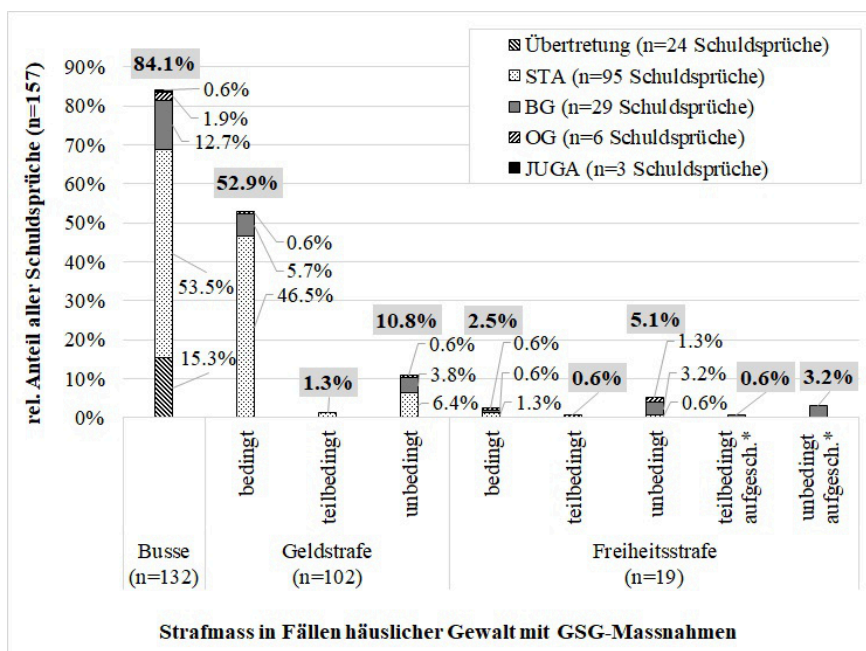
eine Alkoholtherapie, in drei eine Suchtmitteltherapie, zwei gefährdende Personen müssen sich einer psychiatrischen Behandlung unterziehen und eine beschuldigte Person zu einer Psychotherapie verpflichtet. In sechs Fällen wird ein Kontakt-, in fünf ein Rayon- und in einem Fall ein Annäherungsverbot ausgesprochen. Eine weitere Weisung sieht die Anordnung von Bewährungshilfe vor.

f) *Strafen und Massnahmen, Genugtuung, Schadenersatz*

Knapp ein Drittel (32.6%) aller analysierten Strafuntersuchungen werden mit einem (teilweise) Schuldspruch, also Strafbefehl oder Urteil, erledigt (157 von 482). Insgesamt wird in 84.1% aller Schuldsprüche eine Busse ausgesprochen, dies betrifft 27.4% aller Strafuntersuchungen. *Geldstrafen* werden in 65% der Fälle verhängt, davon 81.4% bedingt (83), 2% teilbedingt (2) und 16.7% unbedingt (17). Von einer Geldstrafe sind 21.2% der 482 beschuldigten Personen betroffen. 3.9% aller Beschuldigten werden zu einer *Freiheitsstrafe* verurteilt (12.1% aller Schuldsprüche), wobei unbedingte Freiheitsstrafen doppelt so häufig ausgesprochen werden (in 13 von 157 Schuldsprüchen) als bedingte (vier Schuldsprüche) und teilbedingte (zwei Schuldsprüche). Freiheitsstrafen werden häufiger durch das Bezirksgericht (zwölf Fälle) als die Staatsanwaltschaft verhängt (drei Fälle). Insgesamt wird eine bedingt und fünf unbedingt ausgesprochene Freiheitsstrafen zugunsten einer Massnahme aufgeschoben.

Im Rahmen von zehn Strafuntersuchungen beim Bezirks- und Obergericht werden *Massnahmen* ausgesprochen (16.1% der insgesamt 62 BG- und OG-Fälle resp. 2.1% aller 482 Strafuntersuchungen). Neun Urteile sehen stationäre oder ambulante Behandlungen von Sucht oder psychischer Störungen oder Massnahmen für junge Erwachsene vor (vgl. *sichernde Massnahmen* nach Art. 56-65 StGB). Zwei Urteile umfassen ein Kontaktverbot nach Art. 67b StGB (unter *andere Massnahmen* nach Art. 66-74 StGB). In einem Schuldspruch werden gleichzeitig sichernde und andere Massnahmen verfügt. Die Möglichkeit, im Sinne einer persönlichen, präventiv ausgerichteten Massnahme ein Kontakt- und Rayonverbot für bis zu fünf Jahren anzuordnen (Art. 67b StGB) besteht erst seit dem 1. Januar 2015. Bei der Interpretation der geringen Fallzahl im Rahmen vorliegender Strafaktenanalyse ist dieser Umstand zu berücksichtigen, zumal einzelne Strafuntersuchungen vor dem 1. Januar 2015 abgeschlossen wurden.

In elf Fällen des Bezirksgerichts sowie in drei des Obergerichts muss die beschuldigte der geschädigten Person eine *Genugtuung* zahlen. Der geschädigten Person werden in zwei BG-Fällen und in einem OG-Fall *Schadenersatz* zugesprochen.



* Das Bezirksgericht schiebt die unbedingt respektive teilbedingt ausgesprochene Freiheitsstrafe zugunsten einer Massnahme auf.

Abbildung 4: Fälle häuslicher Gewalt mit GSG-Massnahmen in der Strafuntersuchung, Strafmass (n=157)

g) Wiederaufnahme sistierter Verfahren nach Art. 55a StGB (vor Revision)

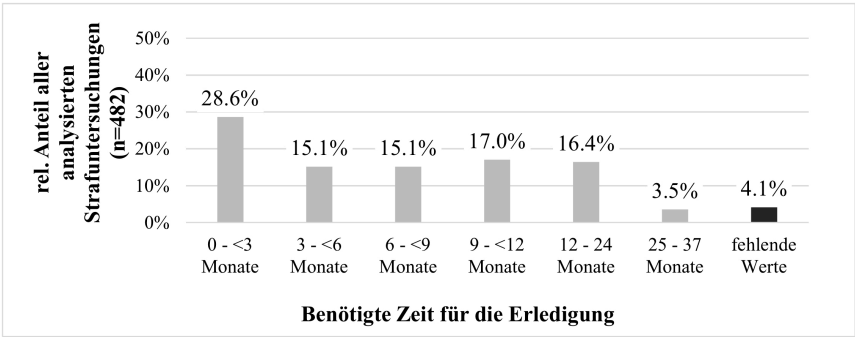
Art. 55a StGB wurde mit der Änderung des Strafgesetzbuches per 1. April 2004 eingeführt. Dies in der Absicht, den Interessen jener Opfer Rechnung zu tragen, die keine strafrechtliche Verfolgung der beschuldigten Person wünschen. Weiter oben wird gezeigt, wie häufig Strafuntersuchungen gemäss Art. 55a StGB eingestellt werden. Das sistierte Verfahren kann aber auch wieder aufgenommen werden, sofern das Opfer dies wünscht (Art. 55a Abs. 2 StGB). Wider ruft dieses also die Zustimmung zur Sistierung während einer Frist von sechs Monaten, wird das Strafverfahren wieder an die Hand genommen (Gesetzeslage vor Inkrafttreten der Änderungen des Art. 55a StGB per 1. Juli 2020). Wie häufig aber werden in der Praxis sistierte Verfahren gemäss Art. 55a Abs. 2 StGB wiederaufgenommen? Vorliegende Studie nimmt bei der nachfolgenden Beantwortung dieser Fragestellung Bezug auf die alte, bis zum 30. Juni 2020 geltende Rechtslage des Art. 55a StGB.

Im Rahmen der vorliegenden Strafaktenanalyse erklären insgesamt 152 von 482 Personen Desinteresse an der Weiterführung der Strafuntersuchung gegen die beschuldigte Person (31.5%). Gegen zwölf Beschuldigte erfolgt *während der laufenden Strafuntersuchung* eine erneute Anordnung von GSG-Massnahmen aufgrund Gewaltrückfällen gegenüber demselben Opfer. Dennoch führen diese Umstände nicht dazu, dass sistierte Verfahren wieder an die Hand genommen werden. Es wird vielmehr eine zweite Strafuntersuchung parallel zum laufenden Verfahren eingeleitet. In sieben dieser zwölf Fällen werden die beiden Strafuntersuchungen zeitgleich erledigt.

Es kann lediglich *ein Fall* eruiert werden, in dem die geschädigte Person eine *Wiederaufnahme des Verfahrens* wünscht. Das Verfahren wird in diesem Falle aber dennoch eingestellt, da der Sachverhalt nicht rechtsgenügend erstellt werden kann. *Rückfälle* während der Strafuntersuchung üben somit *keinen feststellbaren Einfluss* auf die *Art der Erledigung* oder die *Wiederanhandnahme provisorisch sistierter Verfahren* aus (Art. 55a Abs. 2 StGB).

h) *Benötigte Zeit für die Erledigung der Strafuntersuchung*

Insgesamt werden 28.6% der Strafuntersuchungen in Fällen häuslicher Gewalt mit GSG-Massnahmen in weniger als drei Monaten seit Eröffnung des Falls bei der Polizei abgeschlossen (vgl. Abbildung 5). 15.1% der Fälle erledigt die zuständige Strafuntersuchungsbehörde innerhalb von drei bis weniger als sechs Monaten, weitere 15.1% innerhalb von sechs bis weniger als neun Monaten und 17% in neun bis weniger als zwölf Monaten. Zwischen einem und zwei Jahren nehmen 16.4% aller Strafuntersuchungen in Anspruch. 3.5% der Fälle werden 25-37 Monate bearbeitet, bis sie erledigt werden.



Hinweise: Auswertung basierend auf der Anzahl erfasster Strafakten (n=482); 20 fehlende Werte.

Abbildung 5: Benötigte Zeit für die Erledigung von Fällen häuslicher Gewalt mit GSG-Massnahmen durch die Strafuntersuchungsbehörden (n=482)

2. Gründe der Geschädigten für ihr Desinteresse an der Fortführung der Strafuntersuchung

Um mögliche Gründe für Verfahrenseinstellungen zu eruieren, werden Sistierungs- und Einstellungsverfügungen sowie die Aktennotizen der Strafuntersuchungsbehörden untersucht. In einem zweiten Schritt werden die Antworten aus der Opferbefragung zu den Beweggründen derjenigen Geschädigten, welche Desinteresse an der Fortführung der Strafuntersuchung erklären, zusammengetragen.

a) Straftaten

Weiter oben (vgl. Tabelle 1) wird gezeigt, dass 50.4% aller staatsanwaltschaftlichen Strafuntersuchungen (215 von 427) *vollständig eingestellt* werden, weil die geschädigte Person dies (mit-)initiierte, d.h., sie hat entweder Desinteresse an der Fortführung der Strafuntersuchung erklärt (nach Art. 55a StGB), den Strafantrag zurückgezogen oder von ihrem Aussage- resp. Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch gemacht.

Um die Beweggründe der Opfer zu verstehen, werden nachfolgend alle 338 der 482 analysierten Straftaten²¹ mit Einstellungen oder Teileinstellungen untersucht (vgl. Tabelle 2). Es fließen also Daten aller Strafuntersuchungsbehörden mit ein. 19.2% dieser (Teil-)Einstellungen werden erledigt, ohne dass die geschädigte Person den Wunsch nach Verfahrenseinstellung äussert. In 11.2% der erfassten Verfügungen kann nicht genauer eruiert werden, aufgrund welcher gesetzlichen Grundlage die Einstellung erfolgte. Die restlichen 69.5% der (Teil-)Einstellungen werden durch das Opfer (mit-)initiiert und sind deshalb Gegenstand der nachfolgenden Analyse. In 10.9% der eingestellten Strafuntersuchungen verweigert die geschädigte Person ihre Aussage, in 24% zieht sie ihren Strafantrag zurück und in 45% erklärt sie ihr Desinteresse an der Fortführung der Strafuntersuchung. Kombinationen dieser Einstellungsarten sind möglich, da in einem Fall gleichzeitig Official- und Antragsdelikte vorliegen können.

²¹ 482 Strafuntersuchungen: Davon werden 44 Strafuntersuchungen durch eine Übertretungsstrafbehörde, 370 durch eine Staatsanwaltschaft, 6 durch eine Jugendanwaltschaft, 50 durch ein Bezirksgericht und 12 durch das Obergericht abgeschlossen.

Erledigungsart	absolute Anzahl	% aller (Teil-) Einstellungen (n=338)	% aller Strafakten (n=482)
Total (Teil-)Einstellungen	338	100.0%	70.1%
Einstellung durch Opfer (mit-)initiiert mittels Desinteresseerklärung, Rückzug Strafantrag und/ oder Aussage- resp. Zeugnis verweigerungsrecht*	235	69.5%	48.8%
<i>Desinteresseerklärung Art. 55a StGB</i>	152	45.0%	31.5%
<i>Rückzug Strafantrag</i>	81	24.0%	16.8%
<i>Aussage- resp. Zeugnisverweigerung</i>	37	10.9%	7.7%
Einstellung <i>ausschliesslich</i> aus anderen Gründen , nicht durch Opfer initiiert*	65	19.2%	13.5%
Keine Aktennotiz zu Einstellungsgründen, fehlender Wert	38	11.2%	7.9%

* Bei gleichzeitigem Vorliegen von Official- und Antragsdelikten sind Kombinationen der gesetzlichen Grundlage für die Verfahrenseinstellung möglich.

Tabelle 2: Erledigung der Strafuntersuchung durch (Teil-)Einstellung, alle Strafuntersuchungsbehörden

Alle in den Strafakten notierten Einstellungsgründe werden zusammengetragen und in *neun* verschiedenen *Kategorien* zusammengefasst (vgl. Tabelle 3). Wenn in der Akte als Begründung lediglich aufgeführt wird, dass die geschädigte Person *kein Interesse an der Weiterführung der Strafuntersuchung habe*, wird dies als *fehlender Wert* resp. als *keine Begründung* für das Desinteresse an der Fortführung der Strafuntersuchung gezählt. Häufig sind für den Einstellungswunsch *mehrere Gründe gleichzeitig* in der Akte ersichtlich. Insgesamt können 215 Begründungen in 149 Strafuntersuchungen eruiert werden. Die Prozentzahlen in Tabelle 3 ergeben deshalb im Total nicht 100%.

In einem Viertel aller Strafuntersuchungen, deren Einstellung durch die geschädigte Person initiiert wird, gibt diese als Begründung eine *Verbesserung der Situation zwischen ihr und der beschuldigten Person* an (24.7%, Kategorie 1). Teilweise führen sie mit der beschuldigten Person wieder eine Beziehung oder wohnen gemeinsam mit ihren Kindern in einem Haushalt (ohne zwingende Weiterführung der Paarbeziehung). Der Wunsch nach einer funktionierenden Familie resp. Partnerschaft mit der beschuldigten Person spielt dabei häufig eine Rolle. Auch wenn die beschuldigte Person dem Opfer versprochen hat, ihr Verhalten zu bessern, wird dies zur ersten Kategorie gezählt.

Am zweithäufigsten, in 22.6% der Fälle, wird eine zur Strafuntersuchung *alternative Problemlösung* als Grund für den Verfahrensstopp aufgeführt (Kategorie 2): In 15 Fällen (6.4%) besucht die beschuldigte Person entweder alleine oder zusammen mit der geschädigten Person eine *Therapie* oder sie

begeben sich gemeinsam in eine *Mediation* (Kategorie 2 a). Weitere 5.5% der Opfer geben an, ihr Problem entweder auf dem *zivilrechtlichen Weg*, im Rahmen einer *Vereinbarung* oder eines *Vergleichs* zu lösen (2 b). 11.9% der Geschädigten sehen in der *Trennung*, *Scheidung* oder in einem *Abbruch des Kontakts* zur beschuldigten Person eine geeignetere Lösung als in der Weiterführung des Strafverfahrens (2 c). Auch wenn eine Lösung im Rahmen eines Eheschutzverfahrens gesucht wird, zählt dies zu dieser Kategorie.

12.3% der Geschädigten mit Einstellungswunsch (29 von 235) führen an, dass sie sich *keine (weitere) negative Konsequenzen für die beschuldigte Person* wünschen (Kategorie 3). Einige erwähnen, dass im Falle eines Eintrags ins Vorstrafenregister der beschuldigten Person deren aktuelle oder künftige Arbeitsstelle in Gefahr gebracht würde. Weitere befürchten, dass die beschuldigte Person durch die Fortführung der Strafuntersuchung die gemeinsamen Kinder nicht mehr sehen dürfe oder sie ins Gefängnis müsse. Häufig äussern die Geschädigten, dass sie der Meinung seien, die beschuldigte Person sei durch die bisherigen Umstände (z.B. Polizeieinsatz) bereits genug bestraft.

8.5% der Opfer begründen ihren Einstellungswunsch damit, dass sich das *Verhalten der beschuldigten Person ihnen gegenüber verbessert* habe, diese sich an die Abmachungen halte oder keine weitere Gewalt mehr ausgeübt habe (Kategorie 4). Einige begnügen sich bereits damit, dass sie von der beschuldigten Person in Ruhe gelassen würden.

8.1% der geschädigten Personen wünschen eine Verfahrenseinstellung, da sie die *Strafuntersuchung als zu belastend empfinden* und ihr Wunsch nach Ruhe und Abschiessen Können stärker wiegt (Kategorie 5). Eine dieser Person führt zusätzlich an, dass das *Strafverfahren aus ihrer Sicht nichts bringe*, sondern nur „Juristenfutter“ sei.

Von weiteren 8.1% wird erwähnt, dass das *Ziel nicht die Bestrafung der beschuldigten Person* gewesen sei, sondern beispielsweise, dass die beschuldigte Person eine *Alkoholtherapie* besuche, diese *Wachgerüttelt* werde oder ihr *Grenzen aufgezeigt* würden (Kategorie 6).

Der Vorfall wird im Nachhinein von 4.7% der Opfer als nicht so gravierend bewertet oder sie geben an, man habe sie von Anfang an falsch verstanden, sie hätten nie eine Strafuntersuchung gewünscht (Kategorie 7). Drei dieser elf Personen geben zu, aus Wut gelogen zu haben (dabei handelt es sich um drei geschädigte im gleichen Fall häuslicher Gewalt). Gegen diese drei wurde eine Strafuntersuchung eingeleitet.

In 1.7% der Fälle wird in den Straftakten klare Indizien dafür gefunden, dass die geschädigte Person ihr Desinteresse entweder aus *Angst* vor der beschuldigten Person abgegeben hat oder da sie noch *grössere Probleme mit ihr resp. ihrer Familie vermeiden* wollte (Kategorie 8).

Kaum als Begründung notiert werden *negative finanzielle Konsequenzen* für die geschädigte Person im Falle der Weiterführung der Strafuntersuchung (2 von 235 Fällen respektive 0.9%, Kategorie 9).

Kategorie		absolute Anzahl	relative Anzahl (n=235)
1.	Verbesserte Situation zwischen den Betroffenen: - Situation habe sich verbessert oder beruhigt, Versöhnung - Wiederaufnahme der Beziehung, erneutes Zusammenwohnen - Wunsch nach funktionierender Familie oder Partnerschaft - Beschuldigte Person verspreche, sich zu bessern	58	24.7%
2.	Problemlösung auf anderem Weg (Total a bis c*)	53	22.6%
	a) Problemlösung durch Therapie (nur beschuldigte Person oder gemeinsam) / Mediation	15	6.4%
	b) Problemlösung durch - zivilrechtliches Verfahren - Vereinbarung - Vergleich	13	5.5%
	c) Problemlösung durch getrennte Wege - Trennung, Scheidung - Eheschutzverfahren - Kontaktabbruch - getrenntes Wohnen	28	11.9%
3.	(Weitere) negative Konsequenzen für die beschuldigte Person vermeiden wollen: z.B. Arbeitsstelle gefährden, Kinder nicht mehr sehen zu können, Freiheitsstrafe	29	12.3%
4.	Erlebte Verhaltensverbesserung der beschuldigten Person: Keine Rückfälle mehr erlebt, beschuldigte Person hält sich an Abmachungen, lässt geschädigte Person in Ruhe	20	8.5%
5.	Belastung durch Strafverfahren zu gross, Wunsch nach Ruhe, Strafverfahren bringe nichts	19	8.1%
6.	Ziel nicht die Bestrafung der beschuldigten Person, sondern deren Verhaltensänderung (z.B. durch Wachrütteln, Grenzen aufzeigen, Besuch Alkoholtherapie/Lernprogramm.)	19	8.1%
7.	Vorfall sei nicht so schlimm gewesen , geschädigte Person sei falsch verstanden worden	11	4.7%
8.	Desinteresse aus Angst oder dem Wunsch, weitere Probleme mit der beschuldigten Person/deren Familie zu vermeiden	4	1.7%
9.	Strafe hätte finanzielle Konsequenzen für die geschädigte Person	2	0.9%
fehlender Wert resp. keine Begründung für Desinteresse in den Akten		86	36.6%

Hinweise: Auswertung basierend auf der Anzahl erfasster Straftakten, in denen eine Desinteresseerklärung nach Art. 55a StGB, ein Rückzug des Strafantrags oder eine Aussage-resp. Zeugnisverweigerung der geschädigten Person festgestellt wurde (n=235); 86 fehlende Werte; * drei Begründungen werden zwei Kategorien (a und b) zugeordnet, deshalb ergeben a bis c 56 statt 53 Antworten)

Tabelle 3: Gründe der geschädigten Person für ihre Desinteresseerklärung an der Fortführung der Strafuntersuchung, Straftaktenanalyse (n=235)

b) Opferbefragung

Vier und zwölf Monate nach Beginn der polizeilichen Schutzmassnahmen werden die Opfer dazu befragt, wie sie die Strafuntersuchung erlebt haben resp. erleben.²² Ein Fokus liegt hier ebenfalls auf den Gründen für die allfällige Desinteresseerklärung an der Fortführung der Strafuntersuchung.

Zunächst wird aber nach dem *Stand der Untersuchung* gefragt.²³ Dabei fällt auf, dass 16.7% der durch eine Strafuntersuchung betroffenen Opfer in der ersten Befragung angeben, sie hätten keine Kenntnis über den Verfahrensstand. Dieses Ergebnis ist einerseits damit zu erklären, dass lediglich 35.5% aller Strafuntersuchungen innerhalb von vier Monaten seit Beginn der GSG-Massnahme erledigt werden (Ergebnis aus der Strafaktenanalyse). Weiter deutet diese hohe Prozentzahl darauf hin, dass sich der Ablauf und die Inhalte eines Strafverfahrens den Betroffenen nicht immer klar erschliessen. Einzelne Personen äussern beim Lesen der Instruktion zu diesem Fragebogenteil gar erstaunt, sie hätten nichts von einer Strafuntersuchung gewusst oder seien nicht sicher, was mit Strafuntersuchung gemeint sei.

Weiter wird in beiden Befragungen abgeklärt, ob das Opfer der betreffenden Strafuntersuchungsbehörde kommuniziert hat, dass es *keine Bestrafung der Tatperson wolle resp. kein Interesse daran habe*.²⁴ Bejaht das Opfer diese Frage, wird nach den *Beweggründen* dafür gefragt. In Tabelle 3 sind die Antworten dazu aufgeführt. Aufgrund der kleinen Fallzahlen ist bei der Interpretation der Ergebnisse Vorsicht geboten. Die Antworten geben aber dennoch wertvolle Hinweise dazu, weshalb jede zweite geschädigte Person die Strafuntersuchung in Fällen häuslicher Gewalt stoppen möchte.

²² An der 1. Opferbefragung (vier Monate nach GSG-Beginn) nehmen 184 Personen teil, bei der 2. Befragung (zwölf Monate nach GSG-Beginn) noch 140, davon 39 das erste Mal. 101 Personen partizipieren an beiden Befragungen. Von den 184 Teilnehmenden der ersten Befragung sind 94.6% (174) von einer Strafuntersuchung betroffen, bei der 2. Befragung 92.9% (130 von 140). Die geringere Anzahl Strafuntersuchungen der 2. Befragung lässt sich mit der unterschiedlichen Zusammensetzung der teilnehmenden Personen der 1. und 2. Befragung erklären. 94 von einer Strafuntersuchung betroffene Personen nehmen an beiden Befragungen teil.

²³ Fragestellung: „Läuft das Verfahren noch, wurde es eingestellt oder kam es bereits zu einer Verurteilung?“ Antworten: 33.9% „Das Verfahren wurde eingestellt/unterbrochen“, 28.7% „Das Verfahren läuft noch (nicht unterbrochen)“, 18.4% „Es kam bereits zu einer Verurteilung (das Verfahren ist abgeschlossen)“, 16.7% „Weiss nicht.“ Hinweis: Total 141 Antworten, 33 Fehlende.

²⁴ Um die Fragestellung zu präzisieren, wird bei der zweiten Befragung (1 Jahr nach Beginn der GSG-Massnahmen) diese Frage um die Klammerbemerkung „und haben dazu etwas unterschrieben“ ergänzt, zudem wird die Antwortmöglichkeit „Weiss ich nicht“ hinzugefügt.

Neben acht vorgegebenen Gründen besteht die Möglichkeit, die Option „anderer Grund“ anzukreuzen und in ein offenes Antwortfeld hineinzuschreiben. Diese Möglichkeit nutzen in der ersten und zweiten Befragung über die Hälfte der Personen.²⁵ In dieser offenen Antwortkategorie begründen die Opfer zu beiden Befragungszeitpunkten, dass sie mit ihrer Desinteresseerklärung resp. ihrem Rückzug des Strafantrags *negative Konsequenzen*, welche die Strafuntersuchung resp. eine Strafe für die Tatperson bedeutet hätte, *vermeiden* wollten. Es wird häufig erwähnt, dass ihr *Ziel nicht die Bestrafung* der gefährdenden Person sei, sondern dass sie persönlich *geschützt werden und Ruhe finden* können, oder dass sich die Tatperson bei ihnen *entschuldigt*. Je zwei Personen empfinden das Strafmass zu hoch oder haben den Eindruck, die Tatperson sei mit der Situation sonst bereits *genug bestraft*. Acht Personen begründen den Einstellungswunsch mit ihren *Kindern*. Der Wunsch, der gefährdenden Person noch eine *zweite Chance* geben zu wollen, wird in der ersten Befragung von einer Person geäussert, in der zweiten von fünf Personen. Aber auch *Angst vor der Tatperson* wird genannt. In beiden Befragungen gibt es zwei Personen, die festhalten, dass der Rückzug des Strafantrags resp. die *Desinteresseerklärung Teil eines „Handels“* oder einer Abmachung mit der Tatperson gewesen sei. Wer dabei wen wie stark unter Druck gesetzt hatte, bleibt an dieser Stelle unklar. Vier Personen erwähnen in der ersten Befragung die *psychische Erkrankung* der gefährdenden Person als Grund für den Einstellungswunsch.

Zusätzlich zur (in der 1. Befragung) am zweithäufigsten (33.3% aller Opfer mit Strafverfahren) angekreuzten Antwortoption „Mir wurden *Nachteile bewusst*, die mir das Strafverfahren bringen würde (z.B. finanzielle Gründe)“, beschreiben je zwei Personen im offenen Antwortfeld *negative Konsequenzen*, die das Strafverfahren resp. eine Bestrafung der Tatperson *für sie persönlich* gebracht hätte. Dabei wird die fehlende Hilfe des Partners mit den Kindern, die eigene Aufenthaltsbewilligung und befürchtete finanzielle Abstriche erwähnt.

Ein Viertel der Opfer möchte „nichts mehr mit dem Täter/der Täterin zu tun haben“. 18.2% empfinden das *Strafverfahren* nach vier Monaten zu *belastend*, nach zwölf sogar 28.9%. Nach vier Monaten teilen 16.7% der Opfer mit, sie hätten sich *wieder miteinander vertragen*, nach zwölf Monaten begründen auf

²⁵ Diese Rückmeldungen können bei der ersten Befragung zwölf, bei der zweiten zehn verschiedenen Kategorien zugeordnet werden. Häufig werden in einer Antwort gleichzeitig mehrere Gründe für die Desinteresseerklärung genannt, deshalb werden mehr Nennungen als Personen gezählt. Bei der ersten Befragung notieren 34 Personen 43 Gründe. Bei der zweiten Befragung können 27 Nennungen von 25 Personen eruiert werden. Die Antworten von zwei Personen ist bei der ersten Befragung unverständlich, bei der zweiten eine Antwort, diese werden deshalb nicht berücksichtigt.

diese Art 26.7% der Opfer ihr Desinteresse. 15.2% resp. 11.1% empfinden den Vorfall im Nachhinein *nicht mehr gravierend genug* für eine Strafuntersuchung. 7.6% (resp. 2.2% nach zwölf Monaten) begründen ihren Rückzug resp. ihr Desinteresse damit, dass sie von Anfang an nicht wollten, dass die Polizei alarmiert werde (7.6%). 6.1% (resp. 6.7%) geben an, dass die *Strafverfolgungsbehörde die Verfahrenseinstellung wollte*.

Je 12.1% der Opfer fühlen sich vier und zwölf Monate nach der Eröffnung der Strafuntersuchung *unter Druck gesetzt* und möchten deshalb die Untersuchung stoppen.

Gründe für Desinteresseerklärung / Rückzug des Strafantrags (Mehrfachnennungen möglich)	1. Befragung (n=66)		2. Befragung (n=45)	
	%	absolute Anzahl	%	absolute Anzahl
Mir wurden Nachteile bewusst, die mir das Strafverfahren bringen würde (z.B. finanzielle Gründe).	33.3%	22	20.0%	9
Ich wollte nichts mehr mit dem Täter/ der Täterin zu tun haben, auch nicht vor Gericht.	24.2%	16	24.4%	11
Das Strafverfahren war zu belastend für mich.	18.2%	12	28.9%	13
Wir haben uns wieder vertragen.	16.7%	11	26.7%	12
Im Nachhinein fand ich den Vorfall nicht schwerwiegend genug.	15.2%	10	11.1%	5
Ich fühlte mich unter Druck gesetzt.	12.1%	8	17.8%	8
Ich wollte von Anfang an nicht, dass die Polizei gerufen wird.	7.6%	5	2.2%	1
Die Strafuntersuchungsbehörde wollte, dass das Verfahren eingestellt wird.	6.1%	4	6.7%	3
Weiss nicht.	3.0%	2	0.0%	0
Will ich nicht sagen.	0.0%	0	0.0%	0
Anderer Grund (<i>offenes Antwortfeld</i>):	54.5%	36	57.8%	26
<i>Wollte Tatperson nicht bestrafen / keine negativen Konsequenzen für Tatperson</i>	18.8%	12	11.4%	5
<i>Wegen der Kinder</i>	12.1%	8	8.9%	4
<i>Wollte (nur) Ruhe / Schutz</i>	6.1%	4	4.4%	2
<i>Strafe bringt nichts / Aufwand lohnt sich nicht</i>	6.1%	4	2.2%	1
<i>Tatperson ist (psychisch) krank / süchtig (z.B. Alkohol)</i>	6.1%	4	0.0%	0
<i>Angst vor der Tatperson</i>	3.0%	2	6.7%	3
<i>Einstellung Teil eines „Handels“ mit der Tatperson</i>	3.0%	2	4.4%	2
<i>Strafe hätte negative Konsequenzen für Opfer gehabt</i>	3.0%	2	4.4%	2
<i>zu hohes Strafmass, Tatperson bereits genug bestraft</i>	3.0%	2	4.4%	2
<i>Mitleid mit der Tatperson</i>	1.5%	1	2.2%	1
<i>Wollte der Tatperson zweite Chance geben</i>	1.5%	1	11.1%	5
<i>Ziel war eine Entschuldigung der Tatperson</i>	1.5%	1	0.0%	0

Hinweise: 1. Befragung: Total 64 Antworten, 2 Fehlende. 2. Befragung: Total 44 Antworten, 1 Fehlende.

Tabelle 4: Gründe der Opfer für ihr Desinteresse an der Fortführung der Strafuntersuchung, Opferbefragung (n1=66, n2=45)

In den Weisungen der Oberstaatsanwaltschaft für das Vorverfahren (WOSTA, Stand 1. Juni 2017) wird festgehalten, dass die Strafverfolgung unter Umständen auch nach Abgabe einer Desinteresseerklärung fortgeführt werden kann.²⁶

„Dies bedingt im Einzelfall eine Interessenabwägung zwischen dem Strafverfolgungsinteresse und dem Interesse des Opfers. Die Staatsanwaltschaft kann nur dann an der Strafverfolgung festhalten, wenn sie zum Schluss kommt, der Antrag auf Verfahrenseinstellung entspreche nicht dem freien Willen des Opfers. Die Verfahrensleitung vergewissert sich deshalb, dass die Erklärung nicht unter dem Einfluss von Drohung, Täuschung, Irrtum oder Gewalt erfolgt ist und das Opfer über Hilfs- und Handlungsvarianten informiert ist.“²⁷

In der Opferbefragung interessiert deshalb auch, *ob und durch wen* die geschädigten Personen bei der Abgabe ihrer Desinteresseerklärung an der Fortführung der Strafuntersuchung *unter Druck stehen*. Anschliessend an die Frage zu ihren Beweggründen werden die betreffenden Opfer deshalb noch einmal explizit gefragt, *wie stark* sie sich bei der Äusserung des Einstellungswunsches durch *wen* unter Druck gesetzt gefühlt haben. Es soll eingeschätzt werden, wie sehr Druck durch das eigene, persönliche Umfeld, durch den Täter resp. die Täterin, durch das persönliche Umfeld des Täters resp. der Täterin oder durch die Strafuntersuchungsbehörde empfunden wurde.

In der Abbildung 6 ist die relative Verteilung der Befragten abzulesen, die Druck verspürt resp. nicht verspürt haben. 78% bis 91% der Opfer gibt an, sich bei der Desinteresseerklärung nicht unter Druck gesetzt gefühlt zu haben (Zusammenfassung der Antworten „nein, überhaupt nicht“, „nein“, „eher nein“). Dabei fällt auf, dass beim persönlichen Umfeld, der gefährdenden Person sowie deren persönlichem Umfeld *lediglich die Hälfte* der Befragten die Antwortoption „überhaupt nicht“ unter Druck gesetzt wählt.²⁸ Bei der Frage nach der Druckausübung durch die Strafuntersuchungsbehörde fühlen sich

²⁶ Mit dem Inkrafttreten der Neuerungen des Art. 55a StGB per 1. Juli 2020 werden die Möglichkeiten einer Weiterführung der Strafuntersuchung trotz Abgabe einer Desinteresseerklärung durch das Opfer ausgeweitet. Neu muss die Sistierung zusätzlich als geeignet erscheinen, die Situation des Opfers zu stabilisieren oder zu verbessern (Art. 55a StGB Abs. 1 lit. c). Zudem ist die Sistierung ab 1. Juli 2020 nicht mehr zulässig, wenn die beschuldigte Person wegen eines Verbrechens oder Vergehens gegen Leib und Leben, gegen die Freiheit oder gegen die sexuelle Integrität verurteilt wurde; gegen sie eine Strafe verhängt oder eine Massnahme angeordnet wurde; und sich die strafbare Handlung gegen ein Opfer nach Abs. 1 lit. a richtete (Art. 55a StGB Abs. 3 lit. a–c).

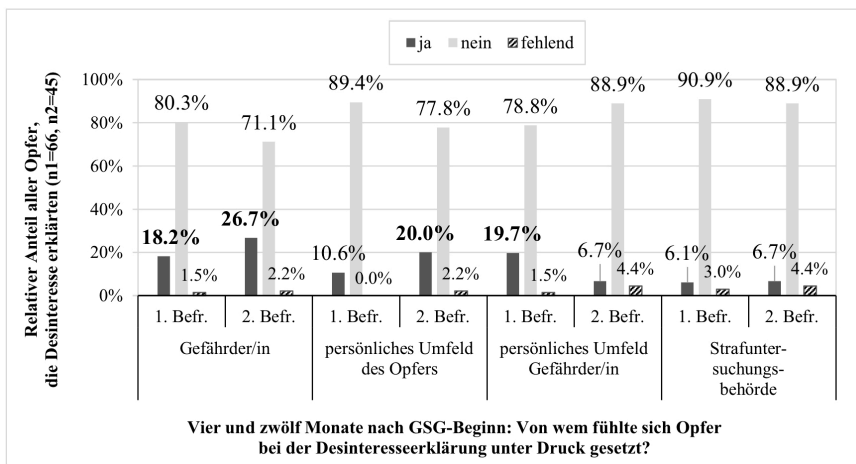
²⁷ Vgl. WOSTA 2017, 210 f.

²⁸ Antwortoption „überhaupt nicht unter Druck“: Persönliches Umfeld Opfer: 51.5% (1. Befragung), 51.1% (2. Befragung); Gefährdende Person: 50% (1. Befragung), 46.7% (2. Befragung); Persönliches Umfeld gefährdende Person: 51.5% (1. Befragung), 55.6% (2. Befragung).

nach vier Monaten 60.6% aller Befragten „überhaupt nicht“ unter Druck gesetzt, nach zwölf Monaten sind es nur noch 51.1%, die überhaupt keinen Druck verspüren. Weiter kann festgestellt werden, dass jedes vierte bis fünfte Opfer „eher“ bis „sehr“ starken Druck durch den Täter resp. die Täterin verspürte (18.2% 1. Befragung, 26.7% 2. Befragung). Auch das persönliche Umfeld übt offenbar Druck aus: Nach zwölf Monaten antworten 20% der Opfer, sie hätten bei der Abgabe ihres Desinteresses resp. dem Rückzug ihres Strafantrags Druck des eigenen sozialen Umfelds verspürt. Druck durch das persönliche Umfeld der Tatperson hingegen empfinden in der zweiten Befragung nur noch 6.7% der Opfer.

Obwohl weiter oben nur 12.1% (1. Befragung) und 17.8% (2. Befragung) bejahen, sie hätten bei der Desinteresseerklärung resp. dem Rückzug des Strafantrags unter Druck gestanden, wird beim darauffolgenden expliziten Nachfragen vermehrt geantwortet, unter Druck verschiedener Parteien gestanden zu haben. Dieses Resultat lässt vermuten, dass das Zurückziehen des Strafantrags resp. die Erklärung von Desinteresse für die betroffenen Personen ein mit Unbehagen oder gar Scham besetztes Thema darstellt.

Mit der Revision des Art. 55a StGB (Inkrafttreten der Änderungen per 1. Juli 2020) muss die Sistierung neu zusätzlich als geeignet erscheinen, die Situation des Opfers zu stabilisieren oder zu verbessern (Art. 55a Abs. 1 lit. c StGB). Wird das Verfahren sistiert, hat die Staatsanwaltschaft oder das Gericht vor der definitiven Einstellung zu prüfen, ob sich die Situation des Opfers stabilisiert oder verbessert hat. Vor dem Hintergrund vorliegender Daten macht eine solche Gesetzesänderung Sinn, zumal eine genauere Abklärung der Situation des Opfers das Erkennen einer allfälligen Drucksituation wahrscheinlicher macht.



Fragestellung: „Als Sie der Strafuntersuchungsbehörde sagten, dass Sie nicht wollen/kein Interesse daran haben, dass der Täter/die Täterin bestraft wird – fühlten Sie sich dabei von folgenden Personen unter Druck gesetzt?“ „Ich fühlte mich unter Druck gesetzt von/vom...“ „...meinem persönlichen Umfeld“, „...Täter/Täterin“, „...persönlichen Umfeld des Täters/der Täterin“, „der Strafuntersuchungsbehörde“. Antwortoptionen: „nein, überhaupt nicht“, „nein“, „eher nein“ (vorliegend zusammengefasst zu „nein“), „eher ja“, „ja“, „ja, sehr“ (vorliegend zusammengefasst zu „ja“), „weiss nicht“, „will ich nicht sagen“. Hinweis: 1. Befragung: Total 65–66 Antworten, 0–1 Fehlende. 2. Befragung: Total 43–44 Antworten, 1–2 Fehlende.

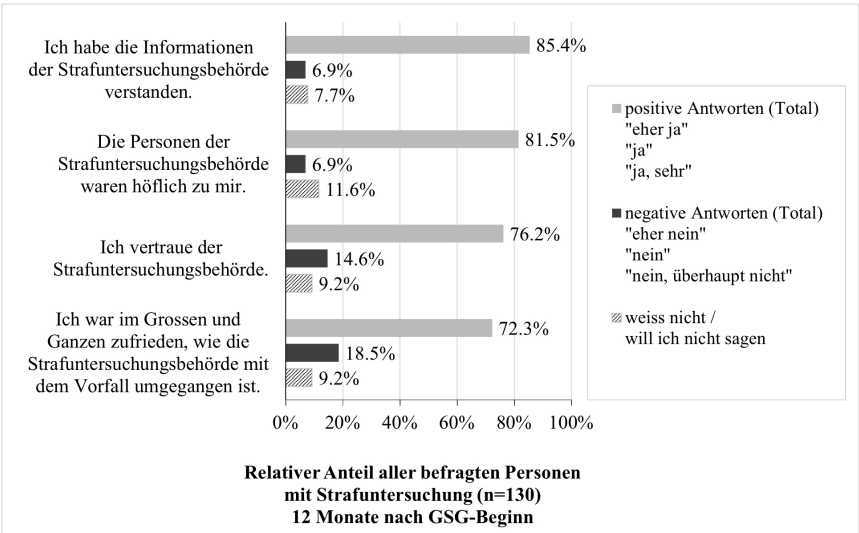
Abbildung 6: Verspürter Druck des Opfers bei der Abgabe der Desinteresseerklärung, 4 und 12 Monate nach GSG-Beginn (n1=66, n2=45)

3. Sicht der Opfer zum Strafverfahren und zur Strafuntersuchungsbehörde

Im Projektteil I wird bereits die Sicht der Opfer zum Umgang der Polizei mit ihrem Fall beschrieben. Die gleichen Zufriedenheitsfragen beantworten die Geschädigten ebenfalls vier und zwölf Monate nach Beginn der GSG-Massnahmen zur involvierten Strafuntersuchungsbehörde (Staatsanwaltschaft, Übertretungsstrafbehörde oder Jugendanwaltschaft). Wie bereits zur Polizei, werden die Opfer zu ihrem Kontakt mit der Strafuntersuchungsbehörde befragt. Erfasst wird, wie zufrieden sie mit deren Umgang mit ihrem Fall sind, wie höflich sie die Personen der Strafuntersuchungsbehörde empfunden haben, wie verständlich die erhaltenen Informationen für sie waren, und wie grosses Vertrauen sie in die Strafuntersuchungsbehörde besitzen.

In der ersten Befragung, vier Monate nach Beginn der GSG-Massnahme, antwortet ein relativ hoher prozentualer Anteil der Opfer mit „weiss nicht“. Möglicherweise hatten bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht alle Geschädigten per-

sönlichen Kontakt mit der entsprechenden Strafuntersuchungsbehörde.²⁹ Da eine persönliche Begegnung nach zwölf Monaten wahrscheinlicher ist, wird vorliegend auf die Resultate der zweiten Befragung fokussiert.



Fragestellung: „Wie sehr treffen die folgenden Aussagen über die Strafuntersuchungsbehörde für Sie zu?“ Antwortoptionen: „nein, überhaupt nicht“, „nein“, „eher nein“, „eher ja“, „ja“, „ja, sehr“, „weiss nicht“, „will ich nicht sagen“. Hinweis: 1. Befragung Total 133-152 Antworten, 22-41 Fehlende.; 2. Befragung Total 115-120 Antworten, 10-15 Fehlende.

Abbildung 7: Die Strafuntersuchungsbehörde aus Sicht der Opfer (n=130)

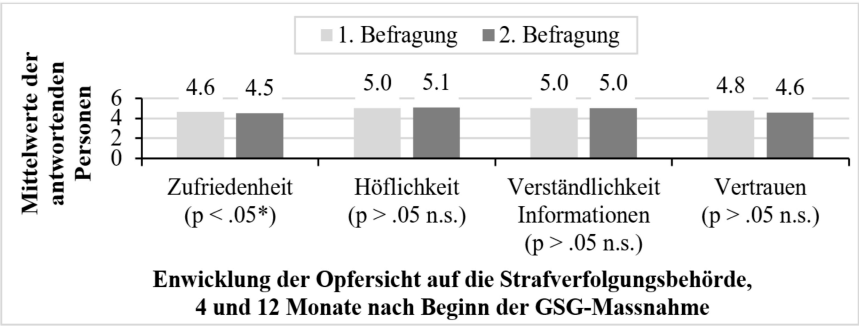
85.4% der Befragten bewerten die von der Strafuntersuchungsbehörde erhaltenen Informationen *verständlich* (vgl. Abbildung 7). Insgesamt empfinden 81.5% der Opfer die Personen der Strafuntersuchungsbehörde ihnen gegenüber *höflich im Umgang*.

Drei von vier Opfern *vertrauen* der Strafuntersuchungsbehörde. 12.6% geben bei der Frage nach dem Vertrauen ein negatives Feedback. Der Anteil an „weiss nicht“-Antworten fällt bei dieser Frage innerhalb der Fragebatterie am nied-

²⁹ Es ist anzunehmen, dass einige Teilnehmende die Fragen zur Opfersicht beantworteten, obwohl sie noch gar keinen (persönlichen) Kontakt zur entsprechenden Strafuntersuchungsbehörde gehabt hatten. Trotz der Beschreibung zu Beginn des Frageblocks können Verwechslungen mit anderen Behörden oder Institutionen, beispielsweise mit dem Eheschutzgericht, nicht definitiv ausgeschlossen werden. Viele Gefährdete befanden sich zum Zeitpunkt der Opferbefragungen in einem Eheschutzverfahren und erwähnten dieses teilweise während der Befragungssituation.

rigsten aus – ob man einer Institution oder Behörde vertraut, kann möglicherweise auch beantwortet werden, ohne mit dieser in Direktkontakt gestanden zu haben.

67.8% der befragten Opfer zeigen sich vier Monate nach Beginn der GSG-Massnahme „eher“ bis „sehr“ zufrieden damit, wie die Strafuntersuchungsbehörde mit ihrem Vorfall umgegangen ist. 15% sind nach 4 Monaten „eher“ bis „sehr“ unzufrieden. Die Zufriedenheit steigt nach 12 Monaten im Vergleich zur ersten Befragung etwas an: Antworten in der ersten Befragung insgesamt 67.8% mit „eher“ bis „sehr“ zufrieden, sind dies nach 12 Monaten insgesamt 72.3%. Um zu überprüfen, ob der Zufriedenheitsanstieg statistisch bedeutsam ist, wird ein sogenannter Mittelwertsvergleich angestellt – allerdings nur mit den Antworten derjenigen Personen, die an beiden Befragungen teilgenommen hatten (vgl. Abbildung 8). So ergibt sich sogar ein leicht signifikanter³⁰, rückläufiger (!) Trend³¹. Die Zufriedenheit der Teilnehmenden beider Befragungen sinkt zwölf Monate nach Beginn der GSG-Massnahme im Vergleich zum ersten Befragungszeitpunkt. Der Effekt ist allerdings schwach.



Untersuchter Zusammenhang: „Unterscheidet sich die Opfersicht auf die Strafuntersuchungsbehörde 4 und 12 Monate nach Beginn der GSG-Massnahme?“ Antwortoptionen: „1=nein, überhaupt nicht“, „2=nein“, „3=eher nein“, „4=eher ja“, „5=ja“, „6=ja, sehr“. Unterschiede in der Zufriedenheit der Opfer zwischen 1. und 2. Befragungszeitpunkt: sign. Zusammenhang (Vorzeichentest: $z = -2.01$, $p = .045$, $n1=144$ $n2=118$)

Abbildung 8: Entwicklung der Opfersicht auf die Strafuntersuchungsbehörde, Mittelwertvergleiche der an beiden Befragungen Teilnehmenden

Diejenigen Personen, die antworten, sie seien „eher“ bis „sehr“ unzufrieden damit gewesen, wie die Strafuntersuchungsbehörde mit ihrem Fall umgegan-

³⁰ Ein Unterschied ist signifikant, wenn sich die verglichenen Gruppen statistisch bedeutsam voneinander unterscheiden und das Resultat nicht durch Zufall entstanden ist.

³¹ Dies ist mit der unterschiedlichen Stichprobenzusammensetzung der 1. und 2. Befragung zu erklären.

gen sei, werden in beiden Befragungen nach ihren Gründen dafür gefragt. Dazu können sie einerseits mehrere Antwortoptionen anwählen sowie ergänzend in ein leeres Feld hineinschreiben. Aufgrund der *kleinen Fallzahlen* (26 Personen bei der 1. Befragung, 24 bei der 2. Befragung) ist *Vorsicht bei der Interpretation* der nachfolgenden Resultate geboten. Sie dürfen als *Hinweise* für die Unzufriedenheit von Opfern mit dem Umgang der Strafuntersuchungsbehörde in ihrem Fall verstanden werden. Aufgrund der kleinen Fallzahlen werden keine Prozentangaben aufgeführt, sondern jeweils die absolute Anzahl der Antwortenden.

Vier Monate nach Beginn der GSG-Massnahme begründen zehn (von 26 Personen), in der zweiten Befragung elf (von 24) Personen ihre Unzufriedenheit damit, dass die Strafuntersuchungsbehörde die Tatperson *nicht genügend bestraft* habe. Neun (1. Befragung) und elf Personen (2. Befragung) haben den Eindruck, die Strafuntersuchungsbehörde sei *nicht genügend an ihrem Fall interessiert* gewesen. Zu beiden Befragungszeitpunkten teilen je neun Personen mit, die Strafuntersuchungsbehörde habe ihnen *nicht geglaubt*. Weitere neun (1. Befragung) resp. acht Befragte (2. Befragung) sind unzufrieden, da sie sich durch die Strafuntersuchungsbehörde *nicht genug vor der Tatperson geschützt* fühlen. Sechs Personen bilanzieren nach vier Monaten, der *Aufwand des Strafverfahrens* habe sich *nicht gelohnt*, nach zwölf Monaten sind elf Personen dieser Meinung. Für fünf (1. Befragung) resp. sieben Befragte (2. Befragung) *dauert das Verfahren zu lange*. Weitere fünf (1. Befragung) resp. vier (2. Befragung) begründen ihre Unzufriedenheit damit, dass sie sich durch die Personen der Strafuntersuchungsbehörde *unfreundlich behandelt* gefühlt hätten.

Von den 26 unzufriedenen Personen der ersten Befragung antworten 16 mit einem individuellen Feedback zu ihren Gründen der Unzufriedenheit (61,5%), in der zweiten Befragung tun dies zwölf von 24 Personen (50%).³² Im Rahmen beider Befragungen beklagen am meisten Personen (je sechs Opfer), sie hätten *zu wenig oder gar keine Informationen erhalten* und seien *zu wenig einbezogen worden*. Vermehrt wird genannt, sie seien *nicht angehört worden* und hätten somit keine Möglichkeit gehabt, sich zu erklären. Teilweise fühlen sich die Opfer in ihrer Angst *nicht ernstgenommen* oder „*wie eine Nummer*“ behandelt. Einige berichten von *Vorwürfen* ihnen gegenüber oder *fehlender Empathie* seitens der Strafuntersuchungsbehörde. Eine Person der ersten Befragung beschreibt, dass die Strafuntersuchungsbehörde sie angerufen und ihr *nahegelegt* habe, sie solle den *Strafantrag zurückziehen*, da die Täterschaft sie sonst

³² Vereinzelt werden mehrere Gründe gleichzeitig genannt. Bei der ersten Befragung können die Antworten in fünf, bei der zweiten in vier Kategorien eingeteilt werden.

auch belasten und dies negative Konsequenzen für sie haben würde. In der zweiten Befragung *wünscht* sich eine Person, dass die *Sistierungsmöglichkeit für Opfer abgeschafft* würde, da dies für die Betroffenen „ein *unglaublicher Druck*“ bedeute.

Zusätzlich werden die Opfer in der Befragung nach einem Jahr gefragt, ob ihnen, wenn sie zurückdenken, etwas *besonders positiv* oder *besonders negativ* beim Kontakt mit der Strafuntersuchungsbehörde in Erinnerung geblieben sei. Gut jeder fünften Person, die in eine Strafuntersuchung involviert war, ist etwas *besonders negativ* aufgefallen (22.4% von 130). Mehr als ein Drittel (35.2%) kann aber etwas besonders Positives in Erinnerung rufen. Es fällt auf, dass bei der Frage, ob etwas besonders positiv aufgefallen sei, der Anteil an „Weiss nicht“-Antworten mit 14.4% relativ hoch liegt. 28.5% der Befragten vermerken ausschliesslich positive Rückmeldungen, 16.2% berichten nur über negative Erinnerungen. 5.4% der Opfer melden sowohl positive als auch negative Aspekte.

Es besteht jeweils die Möglichkeit, das Erlebte in kurzen Worten in einem offenen Antwortfeld zu beschreiben. 44 der 130 Gefährdeten berichten *besonders positiv* Aufgefallenes beim Kontakt mit den Personen der Strafuntersuchungsbehörde.³³ Von besonders vielen Betroffenen wird geschätzt, wenn ihnen die Personen der Strafuntersuchungsbehörde *Mitgefühl, Freundlichkeit, Verständnis und Interesse* entgegengebracht haben. Ebenfalls sehr häufig wird positiv erwähnt, wenn sie von der Strafuntersuchungsbehörde *genaue Informationen und Erklärungen* zu den Abläufen und Folgen des Strafverfahrens erhalten haben. Jemand betont beispielsweise, es sei gut gewesen darüber informiert worden zu sein, als die beschuldigte Person aus der Untersuchungshaft entlassen worden sei. Eine weitere Person schätzte es besonders, dass sie sich *viel Zeit für Erklärungen genommen* hatten. Als besonders positiv hervorgehoben wird auch, wenn bei der betroffenen Person der Eindruck entstanden ist, dass die Strafuntersuchungsbehörde ihnen *wirklich helfen* und sie *schützen* wollte. Ebenso wichtig ist für die Opfer häuslicher Gewalt, dass sie sich im Rahmen der Strafuntersuchung *ernst genommen fühlen* und man ihnen *Glauben schenkt*. Vermehrt wird positiv auf die *gezeigte Menschlichkeit und Einfühlsamkeit* der Behördenmitglieder sowie auf deren *Professionalität* verwiesen. Nur wenig Opfer (drei von 44) heben als besonders positiv hervor, dass *die beschuldigte Person bestraft* wurde.

Diese Ergebnisse decken sich mit den Erkenntnissen weiter oben zu den Gründen für eine Desinteresseerklärung. Auch hier wird deutlich, dass es den

³³ Insgesamt werden die 66 eruierten Nennungen inhaltlich neun Kategorien zugeordnet.

meisten Opfern nicht primär um eine Bestrafung der Täterschaft geht, sondern dass vorwiegend Schutz vor weiterer Gewalt gesucht wird. Die Betroffenen schätzen es, wenn ihnen Mitgefühl, Freundlichkeit und Glaube geschenkt wird und sie detailliert und mit Geduld informiert werden, wie es weitergeht.

Die Antworten auf die Frage, ob ihnen etwas *besonders negativ* beim Kontakt mit der Strafuntersuchungsbehörde aufgefallen sei, stützen diese Annahmen weiter.³⁴ Wenn sich die Opfer *nicht ernst genommen* oder *gar diskriminiert* fühlten, ihnen *zu wenig Empathie* entgegengebracht wurde oder sie *zu wenig* oder *gar keine Informationen erhalten* haben, wird dies sehr negativ erlebt. Vermehrt erwähnen die Gewaltbetroffenen, es seien *Entscheidungen getroffen* worden, *ohne dass sie angehört worden seien*. Jemand erhielt eine Busse aufgrund der Gegenanzeige des Mannes (Gefährder) – dass sie sich nicht direkt verteidigen durfte, wird von der Betroffenen als sehr ungerecht erlebt. Jemand erwähnt, „persönliches interessiert sie nicht, nur juristische Fakten“, eine weitere Person hält fest „kein Personeninteresse, Bürokratie (...)“. Der Wunsch nach einem *transparenten, verständlichen, professionell und empathisch* geführten Strafverfahren zeigt sich deutlich.

21.5% der Befragten geben Rückmeldung im offenen Antwortfeld für weitere Anregungen, Bemerkungen und Hinweise zur Arbeit der Strafuntersuchungsbehörden im Umgang mit häuslicher Gewalt.³⁵ Die meisten Antworten können der Kategorie „Umgang mit Täter/in, Bestrafung, Therapie“ zugeordnet werden. Häufig wird hier der Wunsch geäußert, dass die Tatperson in eine obligatorische (Gewalt- und/oder Sucht-)Therapie gehen müsste. Jemand bewertet es als sinnvoll, wenn Personen, die ihre Opfer stalken, „härter eingepackt“ würden und man allgemein „mehr machen“ könnte. Es ist eine gewisse Ohnmacht in der Bemerkung „und immer müssen die Betroffenen aktiv werden und etwas tun“ festzustellen. Sechs von 28 Personen wünschen sich mehr Schutz und Hilfe, beispielsweise durch die Überwachung der Tatpersonen oder durch eine längere Schutzmassnahme von mindestens einem Jahr Dauer. Jemand hält fest, dass die Schutzzone zu eng eingegrenzt werde und mehr geschützter „Freiraum“ für die Opfer notwendig sei. Eine betroffene Frau weist auf den Vorteil hin, eine weibliche Ansprechpartnerin bei der Strafuntersuchungsbehörde zu haben und betont, es wäre gut, im Hinblick auf die lange Verfahrensdauer ab und zu Informationen zum Zwischenstand zu erhalten. Vermehrt wird der Wunsch geäußert, dass diese Informationen auch für Personen ohne juristische Ausbildung verständlich sein sollten. Auch an dieser Stelle wün-

³⁴ 27 Personen machen 34 Nennungen zu acht verschiedenen, negativ erlebten Aspekten. Eine Antwort muss ausgeschlossen werden, da sie inhaltlich nicht verständlich ist.

³⁵ Sie machen insgesamt 34 Nennungen, die in neun Kategorien eingeteilt werden können.

schen sich die betroffenen Personen, dass sie in der Strafuntersuchung auf Empathie und Professionalität treffen und sie ernst genommen werden. Diese Ergebnisse decken sich mit den Äusserungen der Opfer zum erhofften Umgang bei der Polizei.

IV. Diskussion und Ausblick

Das Kriminologische Institut der Universität Zürich analysiert im Rahmen des Projekts «Polizeiliche und strafrechtliche Massnahmen gegen häusliche Gewalt – Praxis- und Wirkungsevaluation» unter anderem die Erledigungspraxis der Strafuntersuchungsbehörden in Fällen häuslicher Gewalt. Die untersuchte, repräsentative Stichprobe umfasst alle Fälle häuslicher Gewalt mit polizeilich angeordneten Schutzmassnahmen gemäss Gewaltschutzgesetz des Kantons Zürich (GSG) zwischen dem 1. Juni und 30. November 2014.³⁶ In 91.4% wird parallel zur GSG-Massnahme eine Strafuntersuchung eingeleitet. Aussagen zum Umgang mit Fällen häuslicher Gewalt in der Strafuntersuchung beziehen sich dabei auf die Erledigungspraxis der Staatsanwaltschaft bis zum Herbst 2017³⁷.

Welche *Wirkung* mit den bestehenden polizeilichen und strafrechtlichen Massnahmen erzielt werden kann, wird unter anderem mittels Opferbefragung untersucht. Das subjektive Empfinden der Geschädigten in der Strafuntersuchung liefert wertvolle Hinweise zur Ausarbeitung von Optimierungsmassnahmen.

Die Erfassung der Opfersicht zum Kontakt mit der Strafuntersuchungsbehörde zwölf Monate nach Beginn der GSG-Massnahme zeigt, dass 85.4% der Befragten die erhaltenen Informationen als verständlich werten. 81.5% melden zurück, sie hätten die Personen der Strafuntersuchungsbehörde als höflich im Umgang mit ihnen in Erinnerung. 76.2% der Befragten vertrauen der Strafuntersuchungsbehörde. Vor dem Hintergrund, dass 32.1% der insgesamt 140 Teilnehmenden der 2. Befragung eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzen, wird dieser eher tiefe Wert etwas relativiert. Es ist davon auszugehen, dass zumindest ein Teil der Opfer aufgrund anderer Strukturen, Gesetze oder Haltungen gegenüber Gewaltopfern im Herkunftsland einen kritischeren Ein-

³⁶ Vollerhebung während sechs Monaten; N=559 GSG-Massnahmen in 527 Fällen.

³⁷ Die längsten Strafverfahren der Beobachtungsstichprobe dauerten bis zum 30. September 2017. Die Akten aller 427 durch die Staatsanwaltschaft des Kantons Zürich geführten Strafuntersuchungen konnten analysiert werden, es handelt sich um eine Vollerhebung.

druck gegenüber den dortigen Strafverfolgungsbehörden innehat. Möglicherweise bringen ein paar Befragte sogar bereits persönliche, negative Erfahrungen im Rahmen einer Strafuntersuchung im Herkunftsland mit.

Insgesamt zeigen sich 72.3% der Geschädigten im Grossen und Ganzen zufrieden damit, wie die Strafuntersuchungsbehörde mit ihrem Fall umgegangen ist. Den Gründen hierfür wird genauer nachgegangen. Von besonders vielen Betroffenen wird es geschätzt, wenn man ihnen Mitgefühl, Freundlichkeit und Interesse in der Strafuntersuchung entgegenbringt. Wenn sie genaue Informationen und Erklärungen zu den Abläufen und Folgen des Strafverfahrens erhalten und sich das Gegenüber genug Zeit für sie nimmt, wird dies von den Geschädigten besonders geschätzt. Wenn die Opfer das Gefühl haben, dass man ihnen seitens Strafuntersuchungsbehörde wirklich helfen und sie schützen will, wirkt sich dies positiv auf ihre Zufriedenheit aus. Begegnet man ihnen im Strafverfahren empathisch und professionell, schenkt ihnen Glauben und nimmt sie ernst, steigert dies die Zufriedenheit der Opfer massgeblich. Fehlen diese Verhaltens- oder Vorgehensweisen seitens Strafuntersuchungsbehörde, werten dies die Geschädigten negativ. Das Zwischenmenschliche Verhalten steht demnach in einem klaren Zusammenhang mit der Zufriedenheit der Opfer in der Strafuntersuchung und mit der Verfahrensleitung. Sehr wichtig für die Geschädigten scheint auch zu sein, dass sie angehört und eingebunden werden, insbesondere bei wichtigen Entscheidungen.

Die gleichen Fragen zur Polizei werden mit 82%–92% positiven Rückmeldungen beantwortet (Projektteil I). Die vorliegend aufgezeigte Sicht der Betroffenen zur Strafuntersuchungsbehörde fällt demnach etwas kritischer aus als diejenige zur Polizei. Es muss festgehalten werden, dass bei der Befragung zumindest einem Teil der Geschädigten nicht von Beginn weg klar war, was mit «Strafuntersuchung» respektive «Strafuntersuchungsbehörde» gemeint ist. Einige von ihnen erleben nebst der Strafuntersuchung zeitgleich ein Eheschutzverfahren, was teilweise zu Verständnisschwierigkeiten führte. Ebenfalls zu berücksichtigen ist, dass 66% der Opfer die Polizei selbst alarmieren. Die Strafuntersuchung wird jedoch grösstenteils von Amtes wegen eröffnet, der Kontakt zur Staatsanwaltschaft erfolgt demnach weniger häufig gewollt. Ein grosser Unterschied liegt ausserdem darin, dass die (unter anderem sofort schützenden) Handlungen der Polizei für die Betroffenen unmittelbar spürbar werden, die Hälfte aller Strafuntersuchungen hingegen dauern bis zu ihrem Abschluss mindestens sechs Monate (52%). Auch beim Kontakt mit der Polizei ist für die Opferzufriedenheit insbesondere entscheidend, inwiefern ihnen Empathie, Schutz, Hilfsbereitschaft, Glauben und Professionalität entgegen-

gebracht wird. Der Wunsch nach einem transparenten, verständlichen, professionell und empathisch geführten Strafverfahren zeigt sich somit über die gesamte Bearbeitungszeit des Falls deutlich.

Die Einstellungsrate der Strafuntersuchungen in Fällen häuslicher Gewalt im Kanton Zürich wurde im Vorfeld des vorliegenden Forschungsprojekts unter anderem durch die Oberstaatsanwaltschaft auf mindestens 80% geschätzt. Bisherige Datenerhebungen und Berichte zur Erledigungspraxis in Fällen häuslicher Gewalt in der Strafuntersuchung schätzen die Einstellungsrate je nach Kanton, Fragestellung und untersuchtem Zeitraum zwischen 53% und 92% ein.³⁸ Die vorliegend präsentierten Ergebnisse dieser repräsentativen Strafaktenanalyse zeigen, dass im Kanton Zürich zwar die Mehrheit der Strafuntersuchungen in Fällen häuslicher Gewalt eingestellt wird, die Einstellungsrate aber nicht so hoch ausfällt wie vermutet: Insgesamt werden 64.1% der 482 analysierten Strafuntersuchungen ohne Schuldspruch erledigt. In diesen Fällen wird das Verfahren entweder vollständig eingestellt (nach Art. 55a StGB, Art. 319 StPO), nicht anhand genommen (Art. 310 StPO), die beschuldigte Person wird in allen Anklagepunkten freigesprochen oder die Strafuntersuchung ist zum Zeitpunkt der Analyse sistiert. Insgesamt ergeht in 32.6% der analysierten Strafuntersuchungen ein Strafbefehl gegen die beschuldigte Person oder diese wird gerichtlich verurteilt. In 6% aller Strafuntersuchungen kann nebst dem Schuldspruch resp. dem Strafbefehl ein Freispruch für einen Teil der Delikte oder eine Einstellungs- oder Nichtanhandnahmeverfügung verzeichnet werden. Wird die Erledigungspraxis innerhalb der Staatsanwaltschaft betrachtet, zeichnet sich ein ähnliches Bild: In 22.3% der 427 Fälle wird ein Strafbefehl gegen die beschuldigte Person erlassen, in 13.1% erfolgt eine Anklage beim Bezirksgericht und 64.6% der Fälle werden ohne Schuldspruch erledigt (vollständige Einstellung des Verfahrens oder vereinzelt Nichtanhandnahme).

Das Verhalten der geschädigten Person beeinflusst die Einstellungsrate der Strafuntersuchungen in Fällen häuslicher Gewalt entscheidend. Knapp jedes zweite Verfahren (48.8% von 482) wird eingestellt, nachdem die geschädigte Person entweder Desinteresse an der Weiterführung der Strafuntersuchung erklärt (nach Art. 55a StGB, Rechtslage bis 30.06.2020), ihren Strafantrag zurückgezogen und/oder von ihrem Aussage- resp. Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch gemacht hat. Die Mehrheit aller Verfahrenseinstellungen wird demnach durch die geschädigte Person initiiert oder, bei zeitgleichen Vorliegen

³⁸ Vgl. die Datenerhebungen und Berichte von BAUMGARTNER-WÜTHRICH; COLOMBI; RIEDO; FRAUCHIGER/JOBIN/MIKO ISO; BAUMANN/KILLIAS; ZODER; FLIEDNER ET AL.

anderer Einstellungsgründe³⁹, zumindest mitbeeinflusst. Die *Beweggründe für den Wunsch der Verfahrenseinstellung* der geschädigten Personen (n=235 mit Desinteresseerklärung resp. Rückzug des Strafantrags oder Aussage- resp. Zeugnisverweigerung) sind dabei vielfältig und werden vorliegend untersucht.⁴⁰ Nicht eruiert werden die Beweggründe derjenigen Geschädigten, welche an ihrem Strafantrag *festhalten* oder sich entscheiden, *keine* Desinteresseerklärung abzugeben. Eine solche Befragung würde wertvolle Hinweise dazu liefern, welche *Vorteile* Opfer häuslicher Gewalt in einer Strafuntersuchung sehen. Aufgrund zeitlich eingeschränkter Ressourcen wird im Rahmen dieser Opferbefragung auf eine solche Erhebung jedoch verzichtet.

Durch die Verfahrenseinstellung versprechen sich die betroffenen Personen überwiegend, dass sich ihre Situation *verbessert*, sie *nicht weiter viktimisiert* werden und *Ruhe* finden können. Bereits bei der Alarmierung der Polizei steht der Wunsch nach *Schutz* und *nachhaltiger Problemlösung* im Vordergrund. Dabei wird das Strafverfahren offenbar häufig nicht als geeignetes Mittel zur Problemlösung bewertet. Knapp ein Viertel der Opfer, die einen Verfahrensstopp wünschen (24.7%), wählen während der laufenden Strafuntersuchung wieder einen *gemeinsamen Weg* mit der gefährdenden Person. Sie berichten von *Versöhnung*, der *Wiederaufnahme der Beziehung* oder dem erneuten *Zusammenleben als Familie* (ohne zwingend gleichzeitig die Partnerschaft aufrecht zu erhalten) und wünschen deshalb eine Verfahrenseinstellung. Ein beinahe gleich grosser Anteil der Geschädigten (22.6%) versucht, das *Problem auf anderem Weg* zu lösen: In 6.4% der Fälle wird der Besuch einer Therapie (der beschuldigten Person oder gemeinsam) oder einer Mediation angestrebt. 5.5% der Geschädigten berichten von einer Vereinbarung, einem Vergleich oder einer Begegnung des Problems auf zivilrechtlichem Weg. 12% der Opfer begründen ihr Desinteresse aber mit dem Entscheid, künftig *getrennte Wege* gehen zu wollen: Teilweise läuft parallel zur Strafuntersuchung ein *Eheschutzverfahren*, eine *Trennung* wird eingeleitet oder die *Scheidung* angestrebt. Einige haben sich für *getrennte Wohnungen* entschieden oder den *Kontakt* zur beschuldigten Person ganz *abgebrochen*. 12.3% der Opfer begründen ihren Einstellungswunsch damit, dass sie *weitere negative Konsequenzen*, wie beispielsweise Verlust der Arbeitsstelle, für die beschuldigte Person vermeiden möchten. 8.1% betonen, dass ihr *Ziel nicht die Bestrafung* der beschuldigten Person sei, sondern vielmehr, dass eine Verhaltensänderung der Tatperson erwirkt

³⁹ Andere Einstellungsgründe liegen beispielsweise vor, wenn kein anklagegenügender Tatverdacht erstellt werden kann oder der Sachverhalt nicht rechtsgenügend erstellt werden kann.

⁴⁰ Nachfolgende Beweggründe für den Einstellungswunsch der Geschädigten treten teilweise auch in Kombination auf, weshalb die relativen Anteile nicht 100% ergeben.

wird, indem diese beispielsweise eine Alkohol- oder Gewalttherapie besucht oder ihr Grenzen aufgezeigt werden. Ebenfalls 8.1% empfinden die *Belastung durch die Strafuntersuchung* zu gross, sie wünschen sich Ruhe oder haben das Gefühl, das Strafverfahren bringe nichts.

Die in den Strafakten eruierten Beweggründe der geschädigten Personen für deren Einstellungswunsch werden im Grossen und Ganzen auch im Rahmen der Opferbefragung geäussert. Der Wunsch nach Schutz, Hilfe und nachhaltiger Problemlösung stehen auch hier eindeutig im Vordergrund.

Bei der genauen Betrachtung der Beweggründe für den Einstellungswunsch weisen einige Bemerkungen darauf hin, dass eine Desinteresseerklärung nicht zwingend bedeutet, dass die Gefahr weiterer Gewalt für die Geschädigten gebannt ist. Im Rahmen der Polizeiaktenanalyse im Projektteil I wird diese Vermutung bestätigt: 28.6% aller beschuldigten Personen werden innerhalb eines Jahres erneut bei der Polizei im Kontext häuslicher Gewalt registriert.⁴¹ In über 80% sind wieder die gleichen Personen Opfer des Rückfalls wie bereits in der Stichprobe. Auch in der Opferbefragung melden die Mehrheit der Befragten weitere Probleme mit der beschuldigten Person oder berichten von erneuter Gewalt durch diese.

Offenbar wird der Wunsch nach einer intakten Familie oder Partnerschaft von einem Teil der Opfer über ihre eigene Sicherheit gestellt. Die beiden Opferbefragungen liefern weiter Hinweise dazu, dass sich ein Teil der geschädigten Personen bei ihrer Desinteresseerklärung durchaus unter Druck gesetzt fühlen. Die Angst vor erneuter Gewalt oder anderen unangenehmen Konsequenzen dürfte demnach den Entscheid einiger Opfer, Desinteresse zu erklären, ebenfalls mitbeeinflussen. In den zum Zeitpunkt der Strafaktenanalyse geltenden Weisungen der Oberstaatsanwaltschaft für das Vorverfahren wird betont, dass die Staatsanwaltschaft nur dann an der Strafverfolgung festhalten könne, wenn diese zum Schluss komme, dass der Antrag auf Verfahrenseinstellung nicht dem freien Willen des Opfers entspreche.⁴² Im Rahmen der analysierten Strafakten wird jedoch *kein einziger Fall registriert*, bei dem das Strafverfahren aufgrund der Annahme, die Desinteresseerklärung des Opfers sei unter Druck geschehen, weitergeführt wurde. Um der Gefahr der Druckausübung entgegenzuwirken, wird in den Weisungen der Oberstaatsanwaltschaft festgehalten, dass die Möglichkeit einer Desinteresseerklärung unmit-

⁴¹ Vgl. OTT/SCHWARZENEGGER, 99. Insgesamt wurden 25.4% aller 511 gefährdenden Personen (mit und ohne Strafuntersuchung) innerhalb des ersten Jahres seit Beginn der GSG-Massnahmen erneut bei der Polizei im Kontext häuslicher Gewalt oder Familienstreitigkeiten registriert.

⁴² Vgl. WOSTA 2017, 210 f.

telbar vor, während oder nach einer staatsanwaltschaftlichen Einvernahme nicht anzusprechen sei. Vor einer polizeilichen Zuführung und der folgenden Hafteinvernahme der beschuldigten Person sei durch die Staatsanwaltschaft kein Kontakt mit dem Opfer aufzunehmen, um aktiv eine Desinteresseerklärung einzuholen.⁴³

Bis zum 30. Juni 2020 wurde gemäss Art. 55a Abs. 2 StGB das Verfahren wieder an die Hand genommen, wenn das Opfer seine Zustimmung innerhalb von sechs Monaten seit der Sistierung widerrufen hatte. Im Rahmen der vorliegenden Strafaktenanalyse wünscht lediglich *eine* von den insgesamt 152 Personen, die Desinteresse an der Fortführung der Strafuntersuchung gegen die beschuldigte Person erklärten, eine Wiederaufnahme des Verfahrens während dieser Frist. Wie bereits 2007 mit den Daten der Stadt Zürich gezeigt wird⁴⁴, nehmen die geschädigten Personen demnach ihr Widerrufsrecht nicht oder kaum wahr – auch nicht, wenn sie während der laufenden Strafuntersuchung wiederholt Gewalt durch die beschuldigte Person erfahren. Die vorliegende Analyse zeigt, dass in solchen Fällen eine zweite Strafuntersuchung eröffnet wird, sofern die Delikte bei der Polizei bekannt werden. Rückfälle während der Strafuntersuchung üben somit keinen feststellbaren Einfluss auf die Art der Erledigung oder die Wiederanhandnahme provisorisch sistierter Verfahren (Art. 55a Abs. 2 StGB) aus.

Mit dem am 1. Juli 2020 in Kraft getretene *Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen* wird unter anderem die Möglichkeit, an der Strafuntersuchung trotz Desinteresseerklärung des Opfers festzuhalten, ausgebaut. Der revidierte Art. 55a StGB sieht vor, dass eine provisorische Sistierung der Strafuntersuchung nur noch dann möglich ist, wenn diese zu einer *Stabilisierung oder Verbesserung der Situation des Opfers* geeignet erscheint (Art. 55a Abs. 1 lit. c StGB). Eine Sistierung ist nicht mehr zulässig, wenn wiederholte Gewalt in der Paarbeziehung vorliegt (Art. 55a Abs. 3 StGB). Zudem muss das Opfer vor Ablauf der sechsmonatigen Sistierungsdauer noch einmal angehört werden, damit die Staatsanwaltschaft oder das Gericht eine Beurteilung zur Situation des Opfers vornehmen kann, um erst dann definitiv zu entscheiden, wie das Strafverfahren erledigt wird (Art. 55a Abs. 4-5).

Aktuelle Ergebnisse zur *Wirkungsforschung von Strafen* im Hinblick auf die *Prävention von Rückfällen* zeigen, dass diese *wenig* Einfluss auf die Bewährung einer gewaltausübenden Person nehmen.⁴⁵ Evaluationen können hingegen

⁴³ Vgl. WOSTA 2017, 210 f.

⁴⁴ Vgl. COLOMBI.

⁴⁵ Vgl. dazu beispielsweise KAISER; ANDREWS/BONTA; CULLEN/GILBERT.

aufzeigen, dass *kognitiv-verhaltensorientierte Therapien* und *Gruppentrainings* das künftige Handeln straffällig gewordener Personen massgeblich verbessern können.⁴⁶

Bereits in den Weisungen der Oberstaatsanwaltschaft für das Vorverfahren vom 1. Juni 2017 wird festgehalten, dass grundsätzlich bei jeder Haftentlassung durch die Staatsanwaltschaft zu prüfen sei, ob beim Zwangsmassnahmen-gericht *Ersatzmassnahmen zu beantragen* sind.⁴⁷ Im Rahmen der Strafaktenanalyse kann in knapp jedem fünften Fall die Anordnung von Ersatzmassnahmen nach Art. 237 Abs. 2 StPO eruiert werden. Am häufigsten werden dabei Rayon- und Kontaktverbote auferlegt. Eine Beratung beim *mannebüro züri* oder der *Besuch eines Lernprogramms* wie bspw. das *Training Partnerschaft ohne Gewalt* (PoG) bei den Bewährungs- und Vollzugsdiensten (BVD) des Amts für Justizvollzug und Wiedereingliederung hingegen wird in vorliegender Stichprobe in *keinem Fall* angeordnet.

In den WOSTA (Stand 1. Juni 2017) wird weiter betont, dass wenn ein bedingter Strafvollzug in Aussicht stehe, frühzeitig, vor Abschluss des Verfahrens eine Eignungsabklärung um die *Anordnung geeigneter Weisungen*, namentlich die Anordnung des Lernprogramms PoG abzuklären sei. Aufträge oder Weisungen zur Teilnahme können Staatsanwaltschaften und Gerichte des Kantons Zürich sowie Justizvollzugsbehörden (insbesondere bei Verurteilungen nach Art. 123, 126, 180, 181 und 183 StGB oder laufender provisorischer Sistierung nach Art. 55a StGB) erteilen. Eine freiwillige Teilnahme am Lernprogramm PoG ohne Strafverfahren oder Verurteilung ist nicht möglich. Die Strafaktenanalyse zeigt, dass in lediglich 17 von 482 Strafuntersuchungen (3.5%) Weisungen nach Art. 93 oder 94 StGB erteilt werden. Lediglich in zwei Fällen wird der Besuch eines Lernprogramms und in zwei weiteren eine Gewalttherapie angeordnet. Fünf Beschuldigte werden zu einer Alkoholtherapie und drei zu einer Suchtmitteltherapie verpflichtet. Als weitere *Voraussetzungen* für den Besuch des Lernprogramms PoG nennt das Amt für Justizvollzug, dass *kein Geständnis* der beschuldigten Person vorliegen muss, es reiche aus, wenn eine *Problemeinsicht bezüglich des Beziehungskonflikts* besteht. Weiter wird vorausgesetzt, dass sich die Teilnehmenden *auf Deutsch verständigen* können, um am Lernprogramm PoG teilnehmen zu können. Die Auswertung der in den polizeilichen GSG-Verfügungen festgehaltenen Sprachkenntnisse zeigt, dass 88% der beschuldigten Personen, die in einer aktuellen oder ehemaligen Partnerschaft zum Opfer stehen, über genügend Deutschkenntnisse verfügen. Somit

⁴⁶ Vgl. dazu beispielsweise den Schlussbericht zum Modellversuch 1999–2003 des Bewährungsdiensts Zürich II, 2006.

⁴⁷ Vgl. WOSTA 2017, 208.

wäre das Erteilen der Auflage, an einer Eignungsabklärung sowie bei positivem Bescheid am Lernprogramm teilzunehmen, in sehr viel mehr Fällen möglich als dies in der bisherigen Praxis umgesetzt wurde.

Auch *aus Sicht der Opfer* ist die Anordnung rückfallpräventiver Massnahmen sinnvoll: Im Rahmen der Opferbefragung *befürworten* acht von zehn gefährdeten Personen eine obligatorische Gewaltberatung der gefährdenden Person (78.8% in der 1. Opferbefragung, 82.1% in der 2. Befragung). Diejenigen Opfer, die Kenntnis davon haben, dass die beschuldigte Person eine Beratung besucht hat, bewerten deren Auswirkungen als *positiv* für ihre Situation. Auch im Rahmen der erstellten Aktennotiz zu den abgegebenen Desinteresseerklärungen wird wiederholt der *Wunsch der Opfer festgehalten*, die beschuldigte Person solle sich in eine Therapie oder ein Lernprogramm begeben.

Die vorliegenden Studienresultate zeigen deutlich, dass das *Potential* bei den Zuweisungen in Lernprogramme und Gewaltberatungen durch die Staatsanwaltschaft bisher *bei weitem nicht ausgeschöpft* wurde. Dies gilt für die Möglichkeit der Anordnung im Rahmen von Ersatzmassnahmen sowie von Weisungen im Strafbefehlsverfahren. Abs. 2 des revidierten Art. 55a StGB sieht zudem die Möglichkeit vor, die beschuldigte Person bereits für die Zeit der Sistierung zum Besuch eines Lernprogramms gegen Gewalt zu verpflichten. Gemäss den überarbeiteten Weisungen der Oberstaatsanwaltschaft (WOSTA, Stand 1. Juli 2020)⁴⁸ ist die Teilnahme am PoG im Rahmen von Ersatzmassnahmen neu sogar *zwingend* auszusprechen, wenn alternativ eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

«Aufgrund der Art und Weise der Tatbegehung oder aufgrund von risikorelevanten Persönlichkeitsmerkmalen der beschuldigten Person ist davon auszugehen, dass die beschuldigte Person erneut im Bereich häusliche Gewalt delinquieren könnte.

Die Eignungsabklärung in Bezug auf den Besuch des Lernprogramms wird von der Fachstelle Forensic Assessment & Risk Management (FFA) empfohlen.

Es handelt sich um einen erneut registrierten Fall häuslicher Gewalt. Unbeachtlich ist, ob dazumal lediglich polizeilich interveniert wurde und anschliessend kein Verfahren eingeleitet wurde oder ob ein Verfahren eingeleitet wurde. Ebenfalls unbeachtlich ist, ob das frühere Verfahren bereits erledigt ist oder ob es zu einer Verurteilung führte oder nicht.

⁴⁸ Weisungen der Oberstaatsanwaltschaft zum Vorverfahren (WOSTA), Stand 1. Juli 2020, (zit. WOSTA 2020).

Die beschuldigte Person ist vorbestraft wegen Delikten gegen die physische, psychische und/oder sexuelle Integrität (auch ausserhalb des Bereichs der häuslichen Gewalt).»⁴⁹

Im Kanton Zürich wurden die Massnahmen im Hinblick auf einen verbesserten Opferschutz und die Bekämpfung häuslicher Gewalt in den letzten Jahren laufend verstärkt. Die *im Gewaltschutzgesetz verankerte Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt* (IST) gewährleistet, steuert, koordiniert und überprüft laufend die Zusammenarbeit der mit häuslicher Gewalt befassten Behörden und Beratungsstellen im Kanton Zürich (§17 Abs. 1 GSG). Dabei wird sie durch eine fachübergreifende Arbeitsgruppe, dem Strategischen Kooperationsgremium, unterstützt. Zudem befasst sich die Arbeitsgruppe Monitoring unter der Leitung der IST auf operativer Ebene mit Fällen häuslicher Gewalt.

Gestützt auf den im Regierungsratsbeschluss vom 20. Juni 2012⁵⁰ bestimmten Schwerpunkt *Gewaltschutz und Gewaltbekämpfung* wurde ein umfassendes *Kantonales Bedrohungsmanagement* eingeführt, um Gewalteskalationen möglichst verhindern zu können. Die *Gewaltprävention* bildete auch in der Legislaturperiode 2015–2018 einen regierungsrätlichen Schwerpunkt. In der Legislaturperiode 2019–2022 schliesslich hat der Regierungsrat des Kantons Zürich *Gewalt gegen Frauen* als Schwerpunktthema in der Strafverfolgung festgelegt. Im Hinblick auf das Inkrafttreten des *Bundesgesetzes über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen* per 1. Juli 2020 wurden die Weisungen der Oberstaatsanwaltschaft für das Vorverfahren überarbeitet und angepasst. Interne Schulungen bei der Staatsanwaltschaft ebenso wie bei der Polizei im Bereich häuslicher Gewalt werden laufend, wo notwendig, angepasst und ausgebaut. Die Statistik zu Fällen häuslicher Gewalt mit polizeilich angeordneten Massnahmen nach dem Gewaltschutzgesetz des Kantons Zürich (GSG-Statistik) wurde per 1. Januar 2020 überarbeitet und bietet fortan differenziertere Aussagekraft. Mittels Öffentlichkeitskampagnen, wie beispielsweise «Stopp Gewalt gegen Frauen», wird unter anderem das Ziel verfolgt, die Gesellschaft zum Thema häusliche Gewalt zu informieren und dadurch eine verstärkte Sensibilisierung zu erreichen. Dies sind nur wenige Beispiele für zahlreiche, aktuelle Bestrebungen zur Verminderung und Prävention häuslicher Gewalt im Kanton Zürich.

Schweizweite Veränderungen bringt zudem die Umsetzung der sogenannten *Istanbul-Konvention* mit sich: Am 1. April 2018 ist das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt für die Schweiz in Kraft getreten. Dieses umfassende, inter-

⁴⁹ WOSTA 2020, 209 f.

⁵⁰ Vgl. Regierungsratsbeschluss Nr. 659/2012.

nationale Übereinkommen stellt sicher, dass Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt europaweit auf einem vergleichbaren Standard bekämpft werden. Die Gewaltprävention, der Opferschutz, die Strafverfolgung sowie das umfassende und koordinierte Vorgehen bilden die Eckpfeiler dieses Übereinkommens.

2019 wurden schweizweit 19'669 Straftaten im Kontext häuslicher Gewalt polizeilich registriert. Seit 2009 die polizeiliche Erfassung der Beziehung zwischen der geschädigten und der beschuldigten Person eingeführt wurde, haben die registrierten Straftaten um 20.3% zugenommen, im Kanton Zürich gar um 31.7%. Es ist zu vermuten, dass ein Teil dieses Anstiegs auf eine Veränderung im Anzeigeverhalten zurückgeführt werden kann. Die Bevölkerung wurde in den letzten Jahren vermehrt zum Thema häuslicher Gewalt sensibilisiert und ermutigt, Straftaten in diesem Bereich zur Anzeige zu bringen. Es bleibt abzuwarten, inwiefern die verstärkten Massnahmen die Verbreitung häuslicher Gewalt längerfristig beeinflussen.

Literaturverzeichnis

- ANDREWS DONALD A./BONTA JAMES, *The psychology of criminal conduct* (5th ed), New Providence, 2010.
- BAUMANN ISABELLE/KILLIAS MARTIN, *Kosten der Staatsanwaltschaft für Fälle von häuslicher Gewalt, Kostenschätzung betreffend Fälle von häuslicher Gewalt in der Schweiz anhand von Daten der Staatsanwaltschaften der Kantone Aargau, Schwyz, Waadt und Zürich*, Zürich 2013.
- BAUMGARTNER-WÜTHRICH BARBARA, *Die Einstellung des Verfahrens bei häuslicher Gewalt – Erfahrungen mit Art. 55a StGB im Kanton Bern*, Masterarbeit HSW Luzern, 2007.
- COLOMBI ROBERTO, *Häusliche Gewalt – die Offizialisierung im Strafrecht am Beispiel der Stadt Zürich*, Zürich 2009.
- CULLEN FRANCIS T./GILBERT KAREN E., *Reaffirming Rehabilitation*, 2nd ed., Waltham, 2013.
- FLIEDNER JULIANE ET AL., *Kosten von Gewalt in Paarbeziehungen, Forschungsbericht*, in: Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (Hrsg.), 2013.
- FRAUCHIGER THOMAS/JOBIN CATHERINE/MIKO ISO ISABEL, *Monitoring häuslicher Gewalt im Kanton Basel-Stadt*, Berichterstattung an den Departementsvorsteher, 2012.
- KAISER GÜNTHER, *Kriminologie*, 3. A., Heidelberg 1996.
- OTT RAHEL/SCHWARZENEGGER CHRISTIAN, *Erste Ergebnisse der Studie, 'Polizeiliche und strafrechtliche Massnahmen gegen häusliche Gewalt – Praxis und Wirkungsevaluation'*, in: Schwarzenegger/Brunner (Hrsg.), *Bedrohungsmanagement – Gewaltprävention*, Zürich 2017, 87 ff.
- RIEDO CHRISTOPH, *Strafverfolgung um jeden Preis?*, ZStrR 127, 2009.

SCHWARZENEGGER CHRISTIAN ET AL., Häusliche Gewalt, rechtliche Instrumente zum Schutz der Opfer und ihre Wirksamkeit – unter besonderer Berücksichtigung des polizeilichen Gewaltschutzes, in: Schwarzenegger/Nägeli (Hrsg.), 7. Zürcher Präventionsforum – Häusliche Gewalt, Zürich 2015, 9 ff.

ZODER ISABEL, Polizeilich registrierte häusliche Gewalt – Übersichtspublikation, in: Bundesamt für Statistik (Hrsg.), Neuenburg 2012.